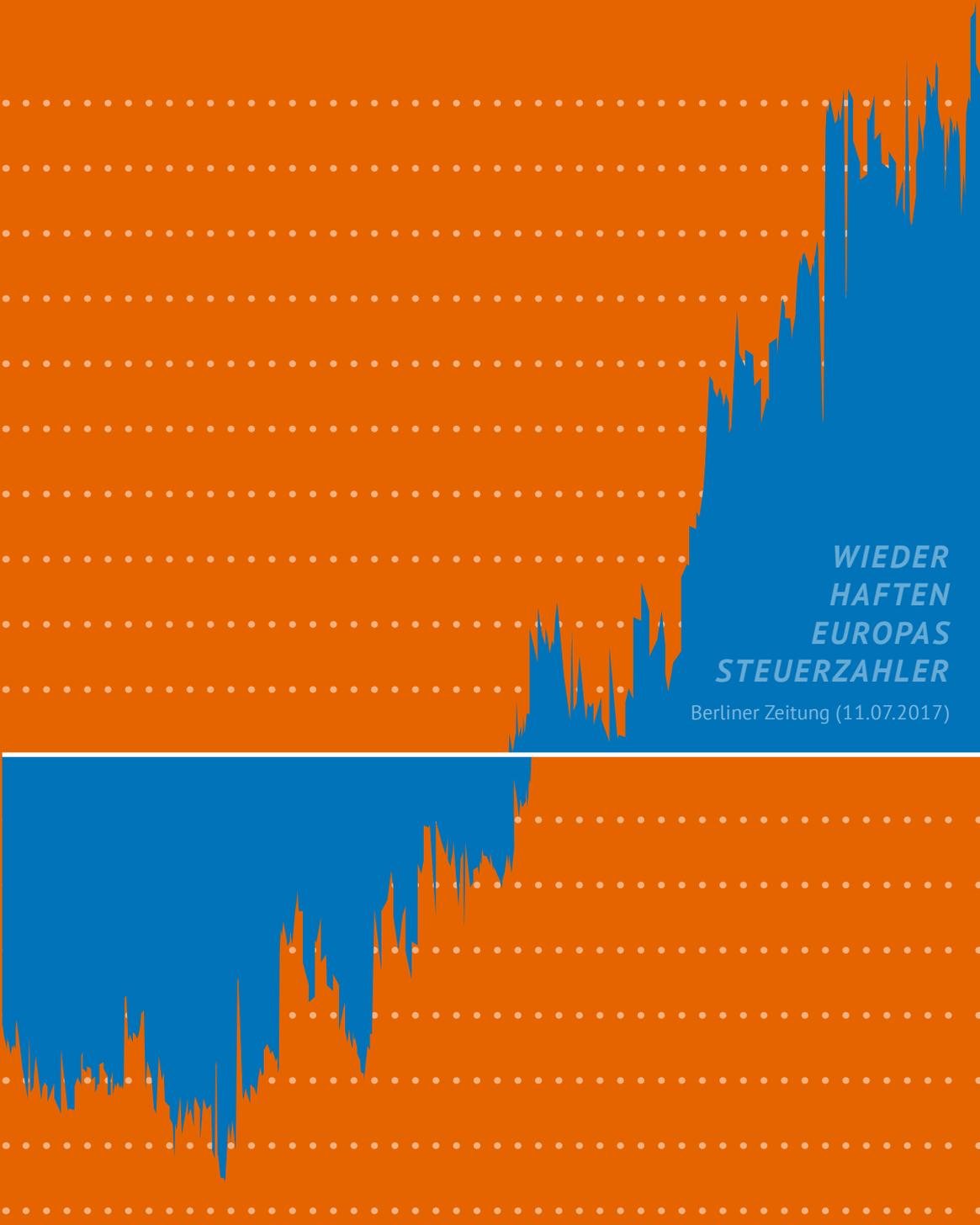


Bankenrettung

MODUL



**WIEDER
HAFTEN
EUROPAS
STEUERZÄHLER**

Berliner Zeitung (11.07.2017)

Wie funktioniert eine Bank?
Warum hat der Staat die Banken gerettet und was wird daran kritisiert?
Was wurde aus der Krise gelernt?
Welche Konflikte gibt es um die zukünftige Abwicklung von Banken?

Inhalt

Einführung

III.1 Arbeitsblatt: Wie funktioniert eine Bank?

- M1: Schaubild – Wie funktioniert eine Bank?
- Infotext: Das Bankgeschäft
- Infotext: Wie kann eine Bank pleitegehen?
- M2: Schaubild – Wie kann eine Bank pleitegehen?

III.2 Arbeitsblatt: Die Kosten der Bankenrettung in Deutschland

- M1: Was hat die Rettung der Commerzbank gekostet? (Autorentext)
- M2: Tabelle: Die Ausgaben des SoFFin für die Commerzbank
- M3: Lehrkräftemangel an Grundschulen (Autorentext
in Anlehnung an *GEW Hessen*)
- M4: Schulstreik in Kassel (Autorentext)
- M5: Kommunale Haushalte: Ausgaben der Stadt Kassel für
Bildungs- und Kultureinrichtungen (Autorentext)
- M6: Banken-Rettungsfonds: Gewinn nur Tropfen auf dem
heißen Stein (*Nachrichtenagentur Reuters*)
- M7: Wen das Sparpaket einschnürt (*Frankfurter Rundschau*)
- M8: Die Gesamtkosten der deutschen Bankenrettung
(Autorentext)
- M9: Die zehn größten Ausgabeposten des Bundeshaushaltes 2017
(www.bundshaushalt-info.de)
- M10: Stichworte aus der Allgemeinen Erklärung der
Menschenrechte

III.3 Arbeitsblatt: Was tun, wenn Banken pleitegehen?

- M1: Eine neue Finanzkrise? (Autorentext)
- M2a: Option Bail-out I: Bankenrettung in Deutschland 2008
(Autorentext)
- M2b: Option Bail-out II: Die US-Bankenrettung als Erfolgsmodell
(*Frankfurter Rundschau*)
- M3: Option Bail-in (Europäische Kommission)
- M4a: Option Vergesellschaftung des Bankensektors I (*Emanzipation*)
- M4b: Option Vergesellschaftung des Bankensektors II (Autorentext)
- M5: Option Banken pleitegehen lassen (*die tageszeitung*)
- Infotext: Begriffserläuterungen Bankenrettung
- M6: Kurztext: Bail-out (Autorentext)
- M7: Kurztext: Bail-in (Autorentext)
- M8: Kurztext: Vergesellschaftung (Autorentext)
- M9: Kurztext: Banken pleitegehen lassen (Autorentext)
- M10: Systemrelevanz ist eine politische Kategorie
(Interview mit Andreas Kallert)
- M11: An der Realität gescheitert (*die tageszeitung*)

Die Materialien haben folgende Formate

- **Einführung** – Fachliche Erläuterung des Themenschwerpunktes sowie ein didaktischer Kommentar zu den einzelnen Materialien
- ↑ **Aktivitäten** – Methoden, die Interaktionen in der Gruppe anregen und die zur Erarbeitung der Inhalte führen
- i **Infoblatt** – Erläuterungen zentraler Themen eines Moduls
- **Arbeitsblätter** – Methoden, die mit Text- und Bildmaterial arbeiten

Die Arbeitsblätter und Aktivitäten bestehen aus folgenden Elementen

- M1 **Materialien (M1 bis Mx)** – Texte, Bilder oder Karikaturen aus der öffentlichen Debatte oder Autorentexte

ARBEITSVORSCHLÄGE

Arbeitsvorschläge – Vorschläge zum inhaltlichen Erschließen der Materialien



Methoden – Spezielle Verfahren zur Bearbeitung der Materialien



Infotext – Erläuterungen zentraler Begriffe eines Arbeitsblattes



Diagramme – Grafisch aufbereitete Daten zum jeweiligen Thema



Requisiten – Spezielles Zubehör zu Methoden



Interviews – Für dieses Bildungsmaterial geführte Gespräche

Einführung

In der Einleitung zu Modul II wurde kurz und knapp die Geschichte der Krise von 2008 erzählt. In seitherigen Forschungen werden einige Aspekte hervorgehoben, für die es im traditionellen Verständnis des Bankensystems zuvor keine Begriffe gab. In dieser wissenschaftlichen Erzählung werden Schattenbanken (Shadow Banking), Verbriefung (Securitization), kurzfristiger Interbankenmarkt und Liquiditätskrise zu wichtigen Dimensionen.

Der Begriff »Shadow Banking« wurde zum ersten Mal 2007 verwendet. Heute wird er an vielen Stellen durch »Market-based Finance« ersetzt und es konkurrieren viele Definitionen für den Begriff. Die Idee dabei ist jedoch, unser herkömmliches Verständnis des Bankgeschäfts aufzubrechen. Denn schon längst werden nicht mehr die Einlagen der einen zu den Sicherheiten der Banken für die Kredite an die anderen. Stattdessen ist zwischen den Einlagen und den Endkrediten ein hochkomplexes System entstanden. Darin spielen verschiedene Finanzmarktakteure und -praktiken eine wichtige Rolle. Akteure sind dabei nicht nur herkömmliche Banken. Pensionskassen, Versicherungen, Anlagefonds, Investmentbanken wie auch konventionelle Unternehmen, die an Finanzmärkten Kredite aufnehmen, begeben oder Fremdwährung kaufen, gehören zum Shadow Banking dazu. Der Kern des Prozesses besteht darin, dass Banken Kredite nicht mehr verbegeben und dann in ihren Büchern behalten, bis das Geschäft beendet ist. Denn je schneller alle beteiligten Akteure einen vergebenen Kredit an den nächsten weiterreichen können, desto niedriger ist das Ausfallrisiko für die einzelnen. Es entsteht quasi ein Spiel mit dem heißen Eisen, in dessen Zentrum ultra-kurzfristige Kredite stehen, die Finanzmarktakteure sich in der Regel nur für 24 Stunden gegenseitig gewähren.

Hier kommt die Verbriefung ins Spiel: Neben völlig unbesicherten Krediten auf dem Interbankenmarkt sichern Finanzmarktakteure ihre Kredite in der Regel so ab, dass sie sich gegenseitig für die vereinbarte Laufzeit Anleihen mit Rückkaufsrecht geben. Wie bei einem Automobil-Kredit eine Immobilie als Sicherheit dienen kann, wurden hier Staatsanleihen und später eben Derivate, die auf den faulen Häuserkrediten basierten, verwendet. Dieser Prozess, aus Häuserkrediten verkaufbare Anleihen zu machen, wird Verbriefung beziehungsweise »Securitization« genannt. Auch diese Praxis der Verbriefung zählt zum Prozess des Shadow Bankings.

Bei dieser kurzfristigen Kreditvergabe auf dem Interbankenmarkt wird ein Problem virulent, für das es bis 2010 kaum regulatorische Einhegung gab: Da alle beteiligten Akteure an sehr kurzfristige Verbindlichkeiten gebunden sind, sind sie auf die Zahlungen der anderen unbedingt angewiesen. Man nennt das systemisches Risiko. Und da diese Kredite so kurzfristig sind, blieb den pleitegehenden Banken 2008 nicht ausreichend Zeit, sich neues Geld zu beschaffen. Dadurch wurden sie illiquide, das heißt, ihnen gingen die Barmittel aus. In der Folge wurde das Eigenkapital aufgebraucht und sie wurden insolvent.

Daraufhin intervenierten zwei staatliche Stellen: Zentralbanken stellten Notkredite zur Verfügung, um Finanzinstitute mit Liquidität zu versorgen, und die Finanzministerien vieler Regierungen weltweit kauften entweder schwächelnden Banken die faulen Kredite ab, stellten ihnen Kapital aus Steuermitteln zur Verfügung oder verstaatlichten die Institute. Ohne das Eingreifen der Staaten wäre es früher oder später zu einem Zusammenbruch des gesamten Finanzsystems gekommen. Allerdings sind die möglichen Maßnahmen in einer solchen Krise und ihre Kosten gesellschaftlich nicht neutral. Verschiedene Bevölkerungsgruppen haben (zumindest implizit) unterschiedliche Interessen hinsichtlich möglicher Bankenrettungen. Dementsprechend sind sie politisch umstritten.

Durch die Kosten für die Bankenrettungen, staatliche Konjunkturprogramme und die sozialstaatliche Abfederung der Arbeitslosigkeit sind die Staatsausgaben in der Krise stark gestiegen. In der Folge lautete die dominante Antwort auf die Krise, der Staat müsse sparen, sprich seine Ausgaben reduzieren. Die Einnahmeseite, also die Erhöhung der Steuern (zum Beispiel auf Unternehmensgewinne, Erbschaften oder hohe Einkommen), bleibt dabei unberücksichtigt. Die Kürzungen im Zuge der »Sparpolitik« betreffen jedoch oftmals Sozialleistungen, auf die wiederum die ärmeren Teile der Bevölkerung angewiesen sind. Ein Beispiel dafür war das »Sparpaket« der deutschen Bundesregierung von 2010, mit dem unter anderem Leistungen für Empfänger_innen von Hartz IV und von Wohngeld gekürzt wurden.

Regulatorisch ist infolge der Krise ein neuer weltweiter Rahmen für das Bankenwesen entstanden (bekannt unter dem Stichwort Basel III). Dieser enthält höhere Kapitalanforderungen für Banken, die es ihnen möglich machen sollen, sich selbst länger vor der Pleite zu bewahren, sowie weitere Regeln, die das Liquiditätsproblem und

das systemische Risiko eindämmen sollen. Zudem wurde in der Eurozone eine gemeinsame Bankenaufsicht, ein Einlagensicherungssystem und ein Abwicklungsmechanismus für Banken eingerichtet, der sicherstellen soll, dass auch die Eigentümer_innen und die großen Schuldner_innen einer Pleitebank für Verluste aufkommen müssen.

Wie wirksam diese neuen Regularien sind, ist umstritten. Sicher ist, dass neue Krisen nicht ausbleiben werden, auch wenn niemand sagen kann, an welcher Stelle im System es beim nächsten Mal krachen wird. Derzeit werfen einige Expert_innen

ein Auge auf die hohe Verschuldung ökonomisch schwacher Länder. Da in den meisten Industrieländern die Zinsen extrem niedrig sind, verschieben Anlageverwalter Kapital in arme Länder und lassen sich das Risiko dort mit hohen Zinsen bezahlen. Das Geschäft der Verbriefung und des Weiterreichens von Krediten ist auch dort schon längst angekommen. Es gilt also auf neue Krisen vorbereitet zu sein und das Geschäft von Banken und anderen Finanzmarktakteuren ebenso wie mögliche Krisenszenarien in Grundzügen einordnen zu können. ■

Zu den Elementen des Moduls

- Das [Arbeitsblatt III.1 \(Wie funktioniert eine Bank?\)](#) thematisiert sehr grundsätzlich das Bankgeschäft. Es enthält einen [Infotext](#), ein zugehöriges [Schaubild \(M1\)](#) und eine Reihe Beschreibungen von Personen oder Unternehmen, die eine Geschäftsbeziehung mit der Bank unterhalten. Zunächst wird vorgeschlagen, dass die Lernenden die Rollenbeschreibungen in Zweiergruppen an der richtigen Stelle im Schaubild zuordnen. Nach der gemeinsamen Klärung der korrekten Zuordnung geht es in einem zweiten Schritt um die mögliche Insolvenz einer Bank. Zur Frage »Wie kann eine Bank pleitegehen?« gibt es wiederum einen Infotext und ein zugehöriges [Schaubild \(M2\)](#). Anschließend wird vorgeschlagen, dass die Lernenden vier Gruppen bilden (Privatkund_innen, Investor_innen, Banken und Unternehmen), die sie bereits aus dem ersten Schritt kennen. Diese Gruppen rekapitulieren zunächst, welche Beziehungen sie zur Bank haben und überlegen anschließend, was die Pleite der Bank für sie bedeutet und welche Interessen sie hinsichtlich einer möglichen staatlichen Bankenrettung haben. Diese letzte Frage sollte mit einem der folgenden Arbeitsblätter weiter bearbeitet werden, in denen die soziale und die politische Dimension der Bankenrettung deutlicher herausgestellt wird.
- Im ersten Teil von [Arbeitsblatt III.2 \(Die Kosten der Bankenrettung in Deutschland\)](#) geht es um die öffentlichen Kosten für die »Rettung« der Commerzbank. Die Lernenden können sich zunächst mit dem Text [Was hat die Rettung der Commerzbank gekostet? \(M1\)](#) und der dazugehörigen [Tabelle: Die Ausgaben des SoFFin für die Commerzbank \(M2\)](#) beschäftigen. Dabei geht es zum einen darum, die Höhe der Kosten von

rund 4,6 Milliarden Euro bis Ende 2017 nachzuvollziehen. Zum anderen geht es um einen Vergleich zwischen den öffentlich angekündigten und den tatsächlichen Gegenleistungen der Bank für die Hilfen. Und schließlich wird eine Recherche angeregt, wie sich die öffentlichen Kosten für die Commerzbank seit Anfang 2018 entwickelt haben.

Im zweiten Teil des Arbeitsblattes werden die Aufwendungen für die Commerzbank mit Kosten für Schulen, fehlende Lehrkräfte und lokale Bildungs- und Kultureinrichtungen verglichen. Als Materialgrundlage dienen Texte zum [Lehrkräftemangel an Grundschulen \(M3\)](#), zu einem [Schulstreik in Kassel \(M4\)](#) aus dem Jahr 2017 sowie zu den [Ausgaben der Stadt Kassel für Bildungs- und Kultureinrichtungen \(M5\)](#). In diesem Zusammenhang werden Recherchen zur Finanzierung der eigenen Schule sowie der eigenen Kommune angeregt.

Im dritten und letzten Teil werden die Gesamtkosten der deutschen Bankenrettung im Vergleich zum Bundeshaushalt und einem Kürzungspakt der CDU-FDP-Regierung aus dem Jahr 2010 behandelt. Die Grundlage dazu bilden eine [Reuters-Meldung zum Banken-Rettungsfonds SoFFin von 2017 \(M6\)](#), ein [Artikel aus der Frankfurter Rundschau zum Kürzungspaket von 2010 \(M7\)](#) und ein [Autorentext zu den Gesamtkosten der deutschen Bankenrettung \(M8\)](#) auf Bundes- und Länderebene. Schließlich wird vorgeschlagen [die zehn größten Ausgabeposten des Bundeshaushaltes 2017 \(M9\)](#) mit den Gesamtkosten der Bankenrettung zu vergleichen. Abschließend können die Lernenden ausgehend von [Stichworten aus der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte \(M10\)](#) überlegen, welche Staatsaufgaben ihnen für eine solidarische Gesellschaft besonders wichtig erscheinen und

wie sie die Gelder für die Bankenrettung in den vergangenen Jahren auf den Bundeshaushalt verteilt hätten.

- In **Arbeitsblatt III.3 (Was tun, wenn Banken pleitegehen?)** wird vorgeschlagen, dass die Lerngruppe eine Beratung im Experten_innen-Rat des Finanzministeriums simuliert. Ausgangspunkt ist ein *Szenario einer neuen Finanzkrise (M1)*. Ausgehend davon werden vier Gruppen gebildet, die sich anhand von passenden Texten mit verschiedenen politischen Optionen befassen. Die Gruppe »Bail-out« bekommt einen Text zur *Bankenrettung in Deutschland 2008 (M2a)* sowie zur *US-Bankenrettung als Erfolgsmodell (M2b)*.

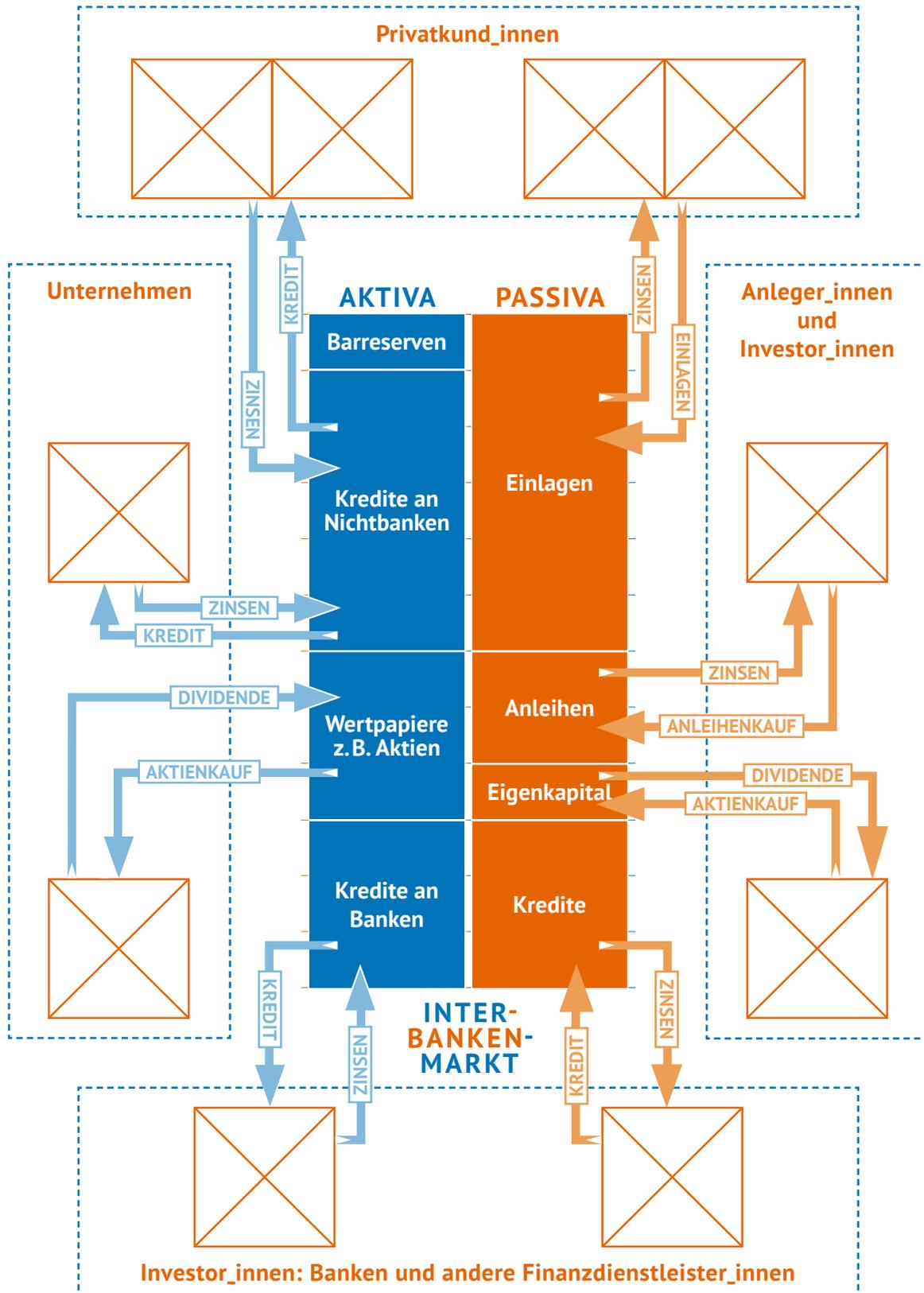
Die Gruppe »Bail-in« beschäftigt sich mit einer *Pressemitteilung der Europäischen Kommission zur künftigen Bankenabwicklung in der EU (M3)*. Die Gruppe »Vergesellschaftung« setzt sich mit einem Text aus der *Zeitschrift Emanzipation (M4a)* auseinander sowie mit einem Autorentext, der *Vergesellschaftung kritisch sieht (M4b)*. Die Gruppe »Banken pleitegehen lassen« liest schließlich mit einem *Artikel aus der tageszeitung - taz (M5)* zum Umgang von Island mit der Bankenkrise von 2008. Lerngruppen, die Schwierigkeiten im

Umgang mit Original-Quellen haben, können alternativ auf die vier Kurztexthe *Bail-out (M6)*, *Bail-in (M7)*, *Vergesellschaftung (M8)* und *Banken pleitegehen lassen (M9)* zurückgreifen. Nach der Arbeit in Kleingruppen tragen die Lernenden ihre Ergebnisse zusammen und geben als Experten_innen-Rat eine begründete Empfehlung ab, was die Regierung tun soll.

Im zweiten Teil des Arbeitsblattes wird auf der Basis eines *Interviews mit dem Politikwissenschaftler Andreas Kallert (M10)* die Kategorie der Systemrelevanz hinterfragt. Dabei wird der Blick auf die Frage gerichtet, ob in einer neuen Krise die Banken mit Staatsgeldern gerettet würden. Diese Frage wird danach mit einem *Kommentar zur Rettung Italienischer Banken 2016 (M11)* weiter verfolgt. Abschließend wird vorgeschlagen, dass die Lernenden mögliche politische Alternativen zum Vorgehen der italienischen Regierung benennen. Zudem wird angeregt, dass sie ein Transparent und ein Flugblatt für eine fiktive Protestaktion gegen künftige Staatshilfen für die Deutsche Bank entwerfen und schließlich persönlich zur Frage der Bankenrettung Stellung nehmen. ■

Wie funktioniert eine Bank?

M1 Wie funktioniert eine Bank?



INFO ::

Das Bankgeschäft Das **Hauptgeschäft einer Bank** besteht darin Kredite zu vergeben, für die sie Zinsen (→ **KREDIT UND ZINSEN**) bekommt. Diese Kredite finanziert sie, indem sie Geld von Privatkund_innen und Investoren_innen einsammelt, für das sie selbst Zinsen bezahlt. Gewinn macht die Bank dabei, weil die Zinsen, die sie für Kredite verlangt, höher sind als die Zinsen, die sie selbst (zum Beispiel für Spareinlagen) zahlt. Das Bankgeschäft wird in der **Bankbilanz** abgebildet (siehe Schaubild M1). Eine Bilanz hat immer zwei Seiten – Aktiva und Passiva – die jeweils gleich groß sein müssen.

Auf der **Aktiva-Seite** der Bankbilanz steht das Vermögen einer Bank. Das sind ihre **Reserven an Bargeld** und ihre Forderungen an Kund_innen. Forderungen sind **Kredite, die sie selbst vergeben hat** und die sie mit Zinsen zurückbekommt. Dazu kommen noch **Wertpapiere, die die Bank gekauft hat**, zum Beispiel Aktien, für die sie eine Dividende bekommt (→ **AKTIEN UND DIVIDENDE**).

Auf der **Passiva-Seite** der Bankbilanz stehen die Verpflichtungen der Bank gegenüber ihren Kund_innen. Dazu zählen die **Einlagen** auf den Konten der Kund_innen. Einlagen sind zum Beispiel die Arbeitslöhne die Kund_innen von ihren Arbeitgeber_innen überwiesen bekommen. Das Geld wird auf dem Girokonto der Kund_innen gutgeschrieben und sie können es am Bankautomaten abheben. Ein anderes Beispiel sind Spareinlagen, die Kund_innen selbst auf ein Sparkonto eingezahlt haben. Auch diese Einlagen muss die Bank irgendwann zusammen mit den vereinbarten Zinsen zurückzahlen. Andere Forderungen ergeben sich aus **Anleihen** (→ **ANLEIHE**), die die Bank an Kund_innen verkauft hat. Außerdem steht das **Eigenkapital** auf der Passiva-Seite der Bankbilanz.

Das **Eigenkapital** ist das, was übrig bleibt, wenn alle Verpflichtungen (Passiva) der Bank von ihren Forderungen (Aktiva) abgezogen werden. Es entsteht aus dem Geld, das die Eigentümer_innen der Bank eingezahlt haben und dem Gewinn der Bank, der nicht an sie ausbezahlt wurde. Ist die Bank eine Aktiengesellschaft, wird das Eigenkapital durch die Ausgabe von Aktien gebildet und die ausgeschüttete Dividende verringert das Eigenkapital (→ **AKTIEN UND DIVIDENDE**). Verluste auf der Aktiva-Seite der Bilanz müssen mit Eigenkapital ausgeglichen werden. Wenn ein_e Kund_in einen Kredit über 1000 Euro nicht zurückzahlen kann, muss er abgeschrieben werden. Das heißt, die 1000 Euro werden auf der Aktiva-Seite gestrichen und gleichzeitig werden auf der Passiva-Seite 1000 Euro Eigenkapital gestrichen.

→ **Aktien und Dividende** Aktien sind Anteile einer Firma (einer Aktiengesellschaft, kurz AG). Wer eine Aktie von Daimler kauft, dem gehört ein ganz kleiner Teil dieses Konzerns. Die Firma finanziert ihre Geschäfte mit dem Geld, das sie für neu ausgegebene Aktien bekommt. Wenn sie später Gewinn macht, wird ein Teil davon als Dividende (Gewinnbeteiligungen) an die Aktionär_innen ausgezahlt. Wer Aktien besitzt, kann sie an der Börse weiterverkaufen.

→ **Anleihe** Eine Anleihe ist ein Wertpapier mit einem Ausgabepreis (z. B. 1000 Euro), einer Laufzeit (z. B. ein Jahr) und einem Zinssatz (z. B. 5 Prozent). Beispiel: Eine Bank gibt eine Anleihe über 1000 Euro mit einer Laufzeit von einem Jahr und einem Zinssatz von fünf Prozent. Dann bezahlt ein_e Käufer_in 1000 Euro und bekommt nach einem Jahr 1050 Euro zurück (1000 + 5 Prozent). Die Anleihe kann in der Zwischenzeit aber auch an der Börse weiterverkauft werden. Wer die Anleihe am Ende der Laufzeit besitzt, bekommt die 1050 Euro von der Bank ausgezahlt.

→ **Kredite und Zinsen** Ein Kredit ist Geld, das die Bank ihren Kund_innen für eine bestimmte Zeit leiht oder das sich die Bank selbst von anderen Banken oder Finanzdienstleistern leiht. Die geliehene Summe muss in beiden Fällen zurückgezahlt werden. Zusätzlich dazu fallen Zinsen an, die ebenfalls an die Kreditgeber_innen gezahlt werden müssen. Damit wird es überhaupt erst interessant für Geldgeber_innen ihr Geld zu verleihen, denn sie bekommen am Ende mehr Geld zurück, als sie ursprünglich gegeben haben – Zinsen sind also der Preis für das Leihen von Geld, der meistens höher ist, je länger der Kredit gewährt wird, d. h. je länger die Kreditnehmer_innen brauchen, um das geliehene Geld zurückzubezahlen.

::

ARBEITSVORSCHLÄGE

- 1a. Lesen Sie den Infotext zum Bankgeschäft und schauen Sie sich das zugehörige Schaubild (M1) an.
- 1b. Bilden Sie Zweiergruppen und ordnen Sie an-

hand der Rollenbeschreibungen die Personen oder Unternehmen im Schaubild ein.

- 1c. Tauschen Sie sich im Plenum über Ihre Zuordnungen aus.

REQUISITEN ROLLENBESCHREIBUNGEN

Irene wird in zwei Monaten ihren Arbeitgeber wechseln. Weil ihr neuer Arbeitsplatz etwas abgelegen ist und sie ihn nicht wie vorher mit den öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen kann, braucht sie nun ein Auto. Um den Gebrauchtwagen, den sie im Auge hat, zu kaufen, muss sie sich Geld von der Bank leihen, weil sie wegen ihres bisherigen Arbeitslohns nicht viel sparen konnte, um es direkt zu bezahlen.



Pablo und Klaus haben vor kurzem endlich heiraten können und möchten nun ihr eigenes Haus bauen. Zusammen haben sie bereits 20.000 Euro gespart, aber sie brauchen insgesamt noch 300.000 Euro. Dafür nehmen sie einen Baukredit bei der Bank auf und müssen dafür regelmäßig einen monatlichen Betrag und die Zinsen zurückzahlen, die für diese Summe von der Bank verlangt werden.



Die **Bäckerei Landbrot** hat in den letzten Jahren immer mehr Backwaren verkaufen können und möchte deshalb eine größere Produktionsstätte bauen. Das Grundstück und das Gebäude hat sie schon, sie braucht aber einen Kredit, um das Gebäude so zu modernisieren, dass es den Bedingungen für die Lebensmittelherstellung entspricht. Hierfür hat sie einen Kredit bei der Bank aufgenommen.



Die **Stahl AG** hat kürzlich neue Aktien ausgegeben. Mit dem dafür eingenommenen Geld finanziert sie neue Maschinen, damit sie bessere Vorprodukte an Hersteller von Autoteilen und an die Rüstungsindustrie liefern kann. Die Bank glaubt, dass die Stahl AG damit einen hohen Gewinn machen wird. Sie hat deshalb einen Teil der Aktien gekauft und hofft auf eine hohe Gewinnbeteiligung (Dividende).



Familie Müller hat ein Girokonto, auf dem die Gehälter der Eltern eingehen. Außerdem hat sie auch ein Sparguthaben bei der Bank, um etwas Geld beiseite zu legen. Das kommt den Müllers gerade recht, weil die Waschmaschine kaputtgegangen ist. Mit einem Teil ihrer Ersparnisse können sie eine neue Maschine kaufen, ohne ihre Ausgaben für Miete, Essen, Fahrkarten und Freizeit einschränken zu müssen.



Murat ist 16 Jahre alt und hat zuletzt ein Girokonto eingerichtet, weil er selbst einen Schülerjob angenommen hat und das Geld, was er beim Zeitungsaustragen verdient, überwiesen werden muss. Seine Eltern überweisen ihm jetzt auch sein Taschengeld monatlich auf das Konto, statt es ihm wie bisher wöchentlich zu geben, damit er sich das Geld selbst besser einteilen kann.



Frau Sesam ist eine der reichsten Personen auf der Welt. Mit Hilfe ihrer Vermögensverwaltung versucht sie das viele Geld so anzulegen, dass sie noch reicher wird. Sie investiert in Aktien von Unternehmen, in Immobilien und in andere Wertpapiere. Von einem Teil des Geldes kauft die Vermögensverwaltung Anleihen von Banken, die als relativ sicher gelten und feste Zinsen bringen.



Black Star ist eine große Vermögensverwaltung. Das Unternehmen sammelt Geld von reichen Leuten und von Unternehmen ein, um es gewinnbringend anzulegen. Black Star handelt mit allen Arten von Wertpapieren. Zuletzt hat das Unternehmen viele Aktien von Banken gekauft. Es geht davon aus, dass die Banken von einem kommenden Wirtschaftsaufschwung profitieren und hohe Dividenden auszahlen.



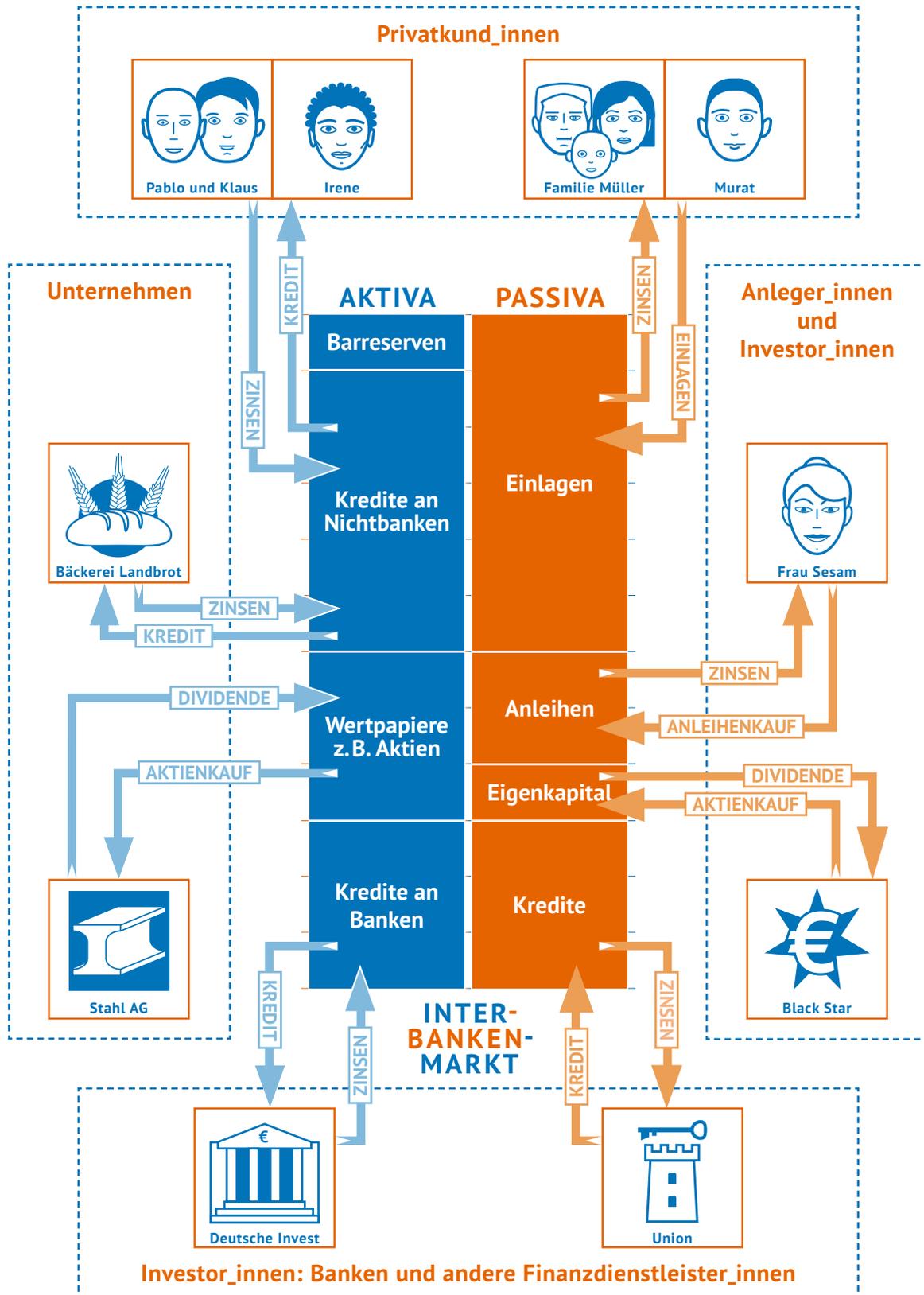
Die **Deutsche Invest** ist eine der größten europäischen Banken. Im Moment hat sie aber nicht genug Barmittel in ihrer Bilanz. Damit sie die gesetzlichen Vorgaben einhalten kann, leiht sie sich das Geld bei anderen Banken. Kurzfristig leihen sich Banken untereinander Geld zu einem festen Zinssatz und ohne Sicherheiten. So können sie ihre Kosten senken, sie sind dadurch aber auch eng miteinander verzahnt.



Als Versicherung verwaltet die **Union** hohe Geldsummen ihrer Kund_innen. Sie sucht nach gewinnbringenden, flexiblen und vor allem sicheren Anlagemöglichkeiten für das Geld. Einen Teil davon verleiht sie am Interbankenmarkt. Hier bekommt sie Anleihen als Sicherheit und marktübliche Zinsen für den Kredit. Oft laufen diese Kredite nur über 24 Stunden, werden aber regelmäßig erneuert.



M1 Lösungsblatt:
Wie funktioniert eine Bank



ARBEITSVORSCHLÄGE

2. Lesen Sie den Infotext »Wie kann eine Bank pleitegehen?« und betrachten Sie das zugehörige Schaubild (M2).

2.1 Bilden Sie vier Gruppen: Privatkund_innen, Investor_innen, Banken und Unternehmen.

a. Betrachten Sie in Schaubild (M1), welche Beziehungen Ihre Gruppe zur Bank hat. Überle-

gen Sie anschließend, was die Pleite der Bank (Schaubild M2) für Ihre Gruppe bedeutet.

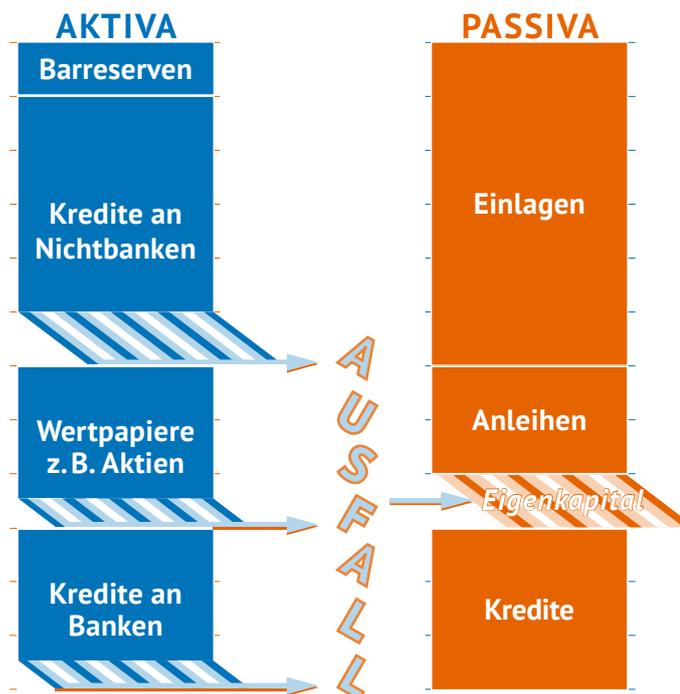
b. Tauschen Sie sich darüber aus, ob Ihre Gruppe Interesse daran hat, dass der Staat die Bank rettet, indem er ihr frisches Eigenkapital zur Verfügung stellt.

2.2 Tauschen Sie sich im Plenum über die Positionen aus, die Sie in den Gruppen erarbeitet haben.

INFO

Wie kann eine Bank pleitegehen? Die beiden Seiten einer Bankbilanz müssen immer ausgeglichen sein. Wenn auf der Aktiv-Seite ein Kredit nicht zurückgezahlt wird, dann muss das auf der Passiv-Seite mit Eigenkapital ausgeglichen werden. Das gleiche gilt, wenn Aktien oder andere Wertpapiere im Besitz der Bank an Wert verlieren. Bei einem Verlust von 1000 Euro müssen 1000 Euro Eigenkapital »abgeschrieben« werden. Auf beiden Seiten der Bilanz werden 1000 Euro gestrichen. Auf der Passiv-Seite kann aber nur mit Eigenkapital ausgeglichen werden, denn Einlagen und Anleihen gehören ja nicht der Bank, sondern ihren Kund_innen. Wenn die Verluste auf der Aktiv-Seite so hoch sind, dass sie nicht mehr mit Eigenkapital der Bank ausgeglichen werden können, dann ist die Bank pleite, mit anderen Worten: Sie ist insolvent. Das Eigenkapital ist aufgebraucht (siehe Abbildung M2). Die Einlagen der Kund_innen sind durch gemeinsame Versicherungen der Banken und gesetzlich bis 100.000 Euro pro Person gesichert. Was darüber hinaus geht, sehen die Kund_innen vielleicht nicht wieder. Auch die Anleihen und die versprochenen Zinsen können nicht in voller Höhe zurückgezahlt werden. Kund_innen, die Kredite von der Bank bekommen haben, müssen diese aber weiter zurückzahlen. Die Insolvenzverwaltung wird versuchen, die Kreditverträge und die Wertpapiere zu verkaufen und aus den Gewinnen die Kund_innen und Geldgeber_innen der Bank so weit wie möglich auszuzahlen.

M2 Wie kann eine Bank pleitegehen?



Die Kosten der Bankenrettung in Deutschland

M1 Was hat die Rettung der Commerzbank gekostet?

1 Während der globalen Finanzkrise 2008 hatten
 . auch deutsche Banken Probleme. Viele hatten
 . Wertpapiere gekauft, die plötzlich nichts mehr
 . wert waren. Wenn eine Bank solche Verluste nicht
 5 mit Eigenkapital ausgleichen kann, ist sie pleite. In
 . diesem Fall bekommen die nächsten Banken Pro-
 . bleme, denen die Pleite-Bank Geld geschuldet hat.
 . Denn auch sie müssen diese Schulden dann aus ih-
 . rer Bilanz streichen und können so ebenfalls plei-
 10 tegehen («Domino-Effekt»). Deshalb misstrauten
 . sich die Banken und liehen sich gegenseitig kaum
 . noch Geld, obwohl das für das normale Funktio-
 . nieren der Bankgeschäfte notwendig ist.
 . In dieser Situation hat die deutsche Regierung
 15 den Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoF-
 . Fin) geschaffen. Der SoFFin konnte Kredite auf-
 . nehmen und mit diesem Geld Banken unterstüt-
 . zen, die in Zahlungsschwierigkeiten waren. Wenn
 . der Fonds dabei Verluste macht, dann müssen das
 20 letztlich wir Bürger_innen mit Steuergeldern be-
 . zahlen, die dann für andere Dinge fehlen.
 . Unterstützt wurde unter anderem die Com-
 . merzbank. Wie viel Geld hat der Staat dafür
 . ausgegeben? Und wie hoch wird der Verlust am
 25 Ende für uns alle sein? Genau weiß das niemand,
 . sagt selbst ein Gutachten vom Wissenschaftlichen
 . Dienst des Bundestages¹. Aber mit den Zahlen,
 . die im Gutachten zusammengetragen sind, lässt es
 . sich zumindest grob berechnen.
 30 **2008** begann die Unterstützung der Com-
 . merzbank. In diesem Jahr hat der SoFFin ihr 8,2
 . Mrd. Euro geliehen. Für diese sogenannte »Stille
 . Einlage« sollten 9 Prozent Zinsen pro Jahr gezahlt
 . werden.
 35 **2009** wurde die Stille Einlage noch einmal um
 . 8,2 Mrd. Euro erhöht. Außerdem hat der SoF-
 . Fin für 1,8 Mrd. Euro Aktien der Commerzbank
 . gekauft. Damit besaß der Staat 25 Prozent der
 . Aktien und hatte eine Sperrminorität. Das heißt,
 40 dass seine Vertreter bei wichtigen Entscheidungen
 . zustimmen mussten. Mit anderen Worten gehör-
 . te die Commerzbank jetzt zu einem Viertel dem
 . Staat – sie war teilverstaatlicht.
 . **2011** hat die Commerzbank 14,8 Mrd. Euro
 45 zurückgezahlt. Das Geld dafür hatte sie durch die
 . Ausgabe neuer Aktien bekommen. Um seinen
 . Aktienanteil von 25 Prozent (Sperrminorität) zu
 . behalten, hat der Staat für 3,3 Mrd. Euro neue
 . Aktien gekauft. Insgesamt hat er damit 5,1 Mrd.
 50 Euro für Aktien der Commerzbank ausgegeben.
 . **2013** hat die Commerzbank die restlichen
 . 1,6 Mrd. Euro der Stillen Einlage zurückgezahlt.
 . Dazu hat sie wieder neue Aktien ausgegeben.
 . Diesmal hat der Staat aber keine nachgekauft und
 55 damit seine Sperrminorität aufgegeben.
 . Die Aktien, die der SoFFin für insgesamt 5,1
 . Mrd. Euro gekauft hat, machen Ende 2017 noch
 . einen Anteil von 15,6 Prozent aller Aktien der
 . Commerzbank aus. Das sind rund 0,2 Mrd. Stück.
 60 Der Aktienkurs lag Ende 2017 bei 12,50 Euro
 . pro Aktie. Das heißt, wenn der Staat die Aktien
 . Ende Dezember verkauft hätte, dann hätte er rund
 . 2,4 Mrd. Euro dafür bekommen. Damit hätte er
 . mit den Aktien einen Verlust von 2,7 Mrd. Euro
 65 gemacht.
 . Zu dem Verlust aus dem Aktiengeschäft kom-
 . men die Kosten des Staates für das Geld, das er
 . in die Bank gesteckt hat. Nehmen wir an, er hat
 . dafür 2008 zehnjährige Staatsanleihen ausgegeben,
 70 für die er jährlich 3 Prozent Zinsen zahlen muss,
 . und rechnen noch einen jährlichen Inflationsaus-
 . gleich von 1 Prozent dazu. Dann hat der Staat in
 . jedem Jahr vier Prozent des Geldes verloren, das
 . er aktuell in die Bank gesteckt hat. Nach dieser
 75 groben Überblicksrechnung waren das bis Ende
 . 2017 Kosten von 3,3 Mrd. Euro.
 . Dagegen stehen die Zinsen, die von Commerz-
 . bank gezahlt werden sollten. Die neun Prozent
 . Zinsen für die Stille Einlage musste die Bank nur
 80 in Jahren zahlen, in denen sie Gewinn gemacht
 . hat. Das war aber unter anderem wegen der Maß-
 . nahmen zur frühzeitigen Rückzahlung nur 2012
 . der Fall. Insgesamt hat die Commerzbank rund
 . 1,4 Mrd. Euro an den Staat gezahlt. Neben Zin-
 85 sen waren das hauptsächlich Gebühren und Ent-
 . schädigung für entgangene Zinsen. Werden diese
 . Zahlungen eingerechnet, bleibt unter dem Strich
 . bisher immer noch ein Verlust von 4,6 Mrd. Euro
 . für die Öffentlichkeit.
 90 Kaum jemand bezweifelt, dass die Stabilisie-
 . rung der Finanzmärkte 2008 sinnvoll war. Aber
 . die Banken zu retten und die Kosten die Bevölke-
 . rung zahlen zu lassen, halten viele für den falschen
 . Weg. Wie teuer es am Ende wird, ist auch 10 Jahre
 95 nach Ausbruch der Krise offen. Nicht nur im Fal-
 . le der Commerzbank. ■ Quelle: Autorentext

¹ Staatliche Hilfen für die Commerzbank AG – Eine vorläufige Bilanz (WD 4 - 3000 - 052/17)

M2 Die Ausgaben des SoFFin für die Commerzbank

Jahr	Stille Einlage		Aktien		Gesamtinvestition des SoFFin	Geschätzte Kosten für das investierte Geld	Zahlung der Bank (u.a. Zinsen und Entschädigungen)
	Zahlung und Rückzahlung	Höhe der Einlage	An- und Verkauf	Summe bisherige An- und Verkäufe			
2008	8,2	8,2			8,2	0,3	
2009	8,2	16,4	1,8	1,8	18,2	0,7	0,2
2010		16,4		1,8	18,2	0,7	
2011	-14,8	1,6	3,3	5,1	6,7	0,3	1
2012		1,6		5,1	6,7	0,3	0,1
2013	-1,6	0		5,1	5,1	0,2	0,1
2014				5,1	5,1	0,2	
2015				5,1	5,1	0,2	
2016				5,1	5,1	0,2	
2017				5,1	5,1	0,2	
Summe	0	-	5,1	-	-	3,3	1,4

Gerundete Milliarden Euro, jeweils auf ganze Jahre gerechnet

ARBEITSVORSCHLÄGE

1.1 Lesen Sie M1. Gehen Sie anschließend folgenden Fragen zur Tabelle (M2) nach:

- Was bedeuten die Zahlen in den einzelnen Spalten der Tabelle?
- Wie hoch ist laut M1 der Verlust, den der Staat mit der Unterstützung der Commerzbank gemacht hat?
- Wie berechnet sich diese Zahl?

1.2 Berechnen Sie, wie viele Zinsen der Staat bekommen hätte, wenn die Commerzbank für die »Stillen Einlagen« tatsächlich neun Prozent Zinsen pro Jahr gezahlt hätte.

1.3 Vergleichen Sie Ihr Ergebnis mit dem Betrag, den die Bank tatsächlich an den Staat bezahlt hat. Wie erklären Sie sich den Unterschied?

1.4 Überlegen Sie, warum die Vertreter_innen des Staates der Rückzahlung unter diesen Bedingungen zugestimmt haben. Wie beurteilen Sie das?

1.5 Recherchieren und berechnen Sie, wie sich die Ausgaben für die Unterstützung der Commerzbank

seit Anfang 2018 weiterentwickelt haben. Berücksichtigen Sie bei der Recherche die folgenden Fragen:

- Hat der Staat Dividendenzahlungen von der Commerzbank bekommen?
- Hat der Staat Aktien verkauft und wenn ja, zu welchem Preis und wie viele hält er noch?
- Wie hoch ist derzeit der Preis pro Aktie?
- Wie viele Zinsen werden für eine 10-jährige deutsche Staatsanleihe pro Jahr fällig, die im Januar 2018 ausgegeben wurde?
- Wie hoch war die durchschnittliche Inflationsrate seit Anfang 2018?

Mögliche Quellen sind unter anderem die Berichte auf der Seite des SoFFin (<https://www.deutsche-finanzagentur.de/de/finanzmarkt-stabilisierung>), die Geschäftsberichte der Commerzbank (<https://www.commerzbank.de>) und das Statistische Bundesamt (<https://www.destatis.de>).

1.6 Stellen Sie Ihre Ergebnisse in einem Kurzvortrag dar.

M3 Lehrkräftemangel an Grundschulen

1 In Deutschland wurde die bildungspolitische
 . Debatte lange Zeit von der Meinung beherrscht,
 . eine Verbesserung der Schulbildung könnte ohne
 . stärkere Investitionen erreicht werden. Begründet
 5 wurde dies mit einem Rückgang der Schülerzah-
 . len. Gegenwärtige Hochrechnungen zeichnen je-
 . doch ein anderes Bild, denn die Schülerzahlen an
 . hessischen Grundschulen steigen seit 2014.
 . Zu Schulbeginn im Herbst 2017 konnten an
 10 hessischen Grundschulen 100 Stellen nicht besetzt
 . werden. Laut einer Prognose der Gewerkschaft
 . Erziehung und Wissenschaft (GEW) wird es an
 . Grundschulen bis zum Jahr 2025 28.000 Schüle-
 . rinnen und Schüler mehr geben. Der Anstieg der
 15 Geburtenzahlen spielt dabei eine entscheidende
 . Rolle. Es müssten folglich rund 1.700 Lehrkräf-
 . te für die Primarstufe eingestellt werden, um die
 . Kinder ausbilden zu können.

. Bundesweit müssten den Prognosen entspre-
 20 chend bis 2030 gar 42.800 zusätzliche Lehrkräfte
 . für Grundschulen eingestellt werden. Gerade in
 . Hinblick auf die Forderungen nach einer höheren
 . Bildungsqualität bei gleichzeitiger Reduzierung
 . der Arbeitsbelastungen von Lehrkräften wird der
 25 dringende Handlungsbedarf seitens der Politik
 . sichtbar.

. Das Bruttogehalt von Grundschullehrer_innen
 . beträgt je nach Berufsjahren zwischen 3198,26
 . und 4271,28 Euro pro Monat. Durchschnittlich
 30 zahlt das Land Hessen für eine_n Grundschulleh-
 . rer_in also rund 55.000 Euro mit Sozialausgaben
 . pro Jahr. Bei Gymnasiallehrer_innen liegt das mo-
 . natliche Gehalt zwischen 3722,64 und 4754,32
 . Euro. Das sind jährlich rund 62.000 Euro mit
 35 Sozialabgaben. ■ Quelle: Autorentext in Anlehnung an den Artikel

»Lehrkräftemangel in Hessen« von Roman George, in *HLZ – Zeitschrift der GEW Hessen* (4/2018)

ARBEITSVORSCHLÄGE

2. Lesen Sie M3 und vergleichen Sie die Kosten für Lehrkräfte mit den 4,5 Milliarden Euro Verlust, die der Staat bei der Rettung der Commerzbank gemacht hat (M1). Gehen Sie folgenden Fragen nach:

- Wie lange könnten die fehlenden Grundschul-
lehrkräfte mit den 4,5 Milliarden Euro bezahlt
werden?
- Wie viele Lehrkräfte für Gymnasien könnten mit
4,5 Milliarden Euro für ein Schuljahr eingestellt
werden? _____

M4 Schulstreik in Kassel

- 1 Vor dem Kasseler Rathaus versammelten sich
 2 am Vormittag des 11. Dezember 2017 mehrere
 3 Hundert Schülerinnen und Schüler, um mit einer
 4 Demonstration auf die maroden Zustände ihrer
 5 Schulen öffentlich aufmerksam zu machen. Initi-
 6 tiert wurde der Schulstreik vom Bündnis »Unsere
 7 Zukunft erkämpfen«.
 8 Zuvor hatte das Bündnis über soziale Netzwer-
 9 ke in einem Video und Beiträgen verlauten lassen,
 10 es fehle an modernen sowie funktionstüchtigen
 11 Unterrichtsmaterialien und die Gebäude der Kas-
 12 seler Schulen seien in renovierungsbedürftigen
 13 Zuständen. Mit der Demonstration wollen die
 14 Schülerinnen und Schüler die Verantwortlichen
 15 der Stadt Kassel auffordern, mehr finanzielle Mit-
 16 tel für die Instandhaltung der Schulgebäude in die
 17 Hand zu nehmen. In einer Pressemitteilung des
 18 Bündnisses »Unsere Zukunft erkämpfen« vom 9.
 19 Dezember 2017 ist zu lesen: »Die Stadt entzieht
 20 sich der Verantwortung, selbst Geld in die Hand
 21 zu nehmen und die Mittel für die Sanierung der
 22 Schulen frei zu machen – im eigentlichen Haus-
 23 halt sind nur rund 2,7 Millionen Euro vorgesehen.
 24 Das lässt darauf schließen, dass aus Eigeninitiati-
 25 ve des Magistrats wenig passieren würde und die
 26 Ausgaben möglichst klein gehalten werden sol-
 27 len. Deshalb ist unser Protest so wichtig!« ■ Quelle:
 Autorentext



Demo von Schüler_innen am 11. Dezember 2007 in Kassel
 Fotograf: Uwe Zucchi (dpa)

ARBEITSVORSCHLÄGE

3. Lesen Sie den Artikel M4 zum Schulstreik in Kassel und gehen Sie in Gedanken durch Ihre Schule. Was fehlt in den Unterrichtsräumen? Wo sollte das Gebäude umgebaut werden? Fehlen Arbeitsmaterialien oder besondere Räumlichkeiten? Was müsste dringend repariert, ersetzt oder neu angeschafft werden?

3.1 Befragen Sie Ihre Schulleitung anhand der folgenden sowie selbst entwickelter Fragen:

- Was kostet der Betrieb Ihrer Schule in einem Jahr und auf welche Posten verteilen sich die Ausgaben?
- Wofür wurde in den letzten Jahren am meisten Geld ausgegeben und was hat das gekostet?

- Stehen größere Projekte an, für die derzeit kein Geld da ist (welche und was würde das kosten)?
- Wie viele Lehrkräfte arbeiten an Ihrer Schule und was kostet eine Lehrkraft den Staat in einem Schuljahr durchschnittlich?

3.2 Vergleichen Sie die Kosten für Ihre Schule mit den 4,5 Milliarden Euro Verlust, die der Staat bei der Rettung der Commerzbank gemacht hat (M1).

- a. Berechnen Sie, für wie viele Jahre die Gehälter der Lehrkräfte Ihrer Schule mit 4,5 Milliarden Euro gezahlt werden könnten.
- b. Summieren Sie die Kosten für größere Projekte an Ihrer Schule und berechnen Sie, an wie vielen Schulen diese Projekte für 4,5 Milliarden Euro umgesetzt werden könnten.

M6 Banken-Rettungsfonds: Gewinn nur Tropfen auf dem heißen Stein

- 1 Trotz Gewinn im letzten Jahr soll der deutsche
 . Banken-Rettungsfonds auch zehn Jahre nach der
 . Finanzkrise noch einen Milliardenverlust machen.
 . Der Fehlbetrag summiert sich mittlerweile auf
 5 mehr als 20 Milliarden Euro.
 . Zehn Jahre nach dem Ausbruch der Finanzkri-
 . se zeichnet sich für den staatlichen Banken-Ret-
 . tungsfonds in Deutschland immer noch ein Verlust
 . von mehr als 20 Milliarden Euro ab. Bis Ende 2016
 10 sei ein Fehlbetrag von 22,5 Milliarden Euro aufge-
 . laufen, teilte die Bundesanstalt für Finanzmarkt-
 . stabilisierung (FMSA) am Freitag in Frankfurt mit.
 . Im vergangenen Jahr stand ein Gewinn von
 . 98,6 (Vorjahr: minus 685) Millionen Euro zu
 15 Buche, obwohl der Rettungsfonds (SoFFin) nach
 . Kursverlusten nochmals fast 600 Millionen Euro
 . auf seine Beteiligungen an der Commerzbank und
 . der Deutschen Pfandbriefbank (pbb) abschreiben
 . musste. Die Dividende der Commerzbank von 39
 20 Millionen Euro machte das nicht wett.
 . Die Anteile an der Commerzbank (15 Prozent),
 . an der pbb als Nachfolgerin der Hypo Real Esta-
 . te (20 Prozent) und an Portigon als Nachfolger
 . der West LB stehen beim Banken-Rettungsfonds
 25 noch mit zusammen 1,6 Milliarden Euro in den
 . Büchern. Dabei stecken allein 14,6 Milliarden
 . Euro Kapital aus dem Fonds in den drei Instituten.
 . [...] Für wie viel Geld der deutsche Steuerzahler
 . am Ende aufkommen muss, wird sich aber erst
 30 nach der – nicht absehbaren – Abwicklung des
 . Fonds zeigen. ■ Quelle: © Nachrichtenagentur Reuters, veröffentlicht
 im Handelsblatt vom 28.04.2017

M7 Wen das Sparpaket einschnürt

- 1 Die Bundesregierung will bis 2014 insgesamt 80
 . Milliarden Euro sparen.
 . [...] Hartz-IV-Empfängern soll das Elterngeld
 . komplett gestrichen werden. »Für die Empfänger
 5 von Arbeitslosengeld II ist der Grundbedarf durch
 . die Regelsätze und die Zusatzleistungen gesichert.
 . Die zusätzliche Gewährung von Elterngeld in
 . Höhe von 300 Euro für Bezieher von Arbeits-
 . losengeld II verringert den Lohnabstand. Es sei
 10 daher – analog zur Regelung beim Kindergeld –
 . vertretbar, zukünftig kein Elterngeld für die Be-
 . zieher von Arbeitslosengeld II vorzusehen, heißt
 . es dazu im Beschluss der Bundesregierung. Der
 . Bund spart durch diese Streichung 400 Millionen
 15 Euro im Jahr.
 . Zudem entfällt das bisher gezahlte Übergangs-
 . geld vom Arbeitslosengeld I zum ALG II. Bisher
 . werden Alleinstehenden im ersten Jahr bis zu
 . 160 Euro monatlich gezahlt, im zweiten bis zu
 20 80 Euro. Für Verheiratete gibt es maximal das
 . Doppelte. Das Einsparvolumen beläuft sich 200
 . Millionen Euro.
 . Der aus Steuern bezahlte Rentenversicherungs-
 . beitrags für Langzeitarbeitslose soll ebenfalls entfal-
 25 len, womit der Bund 1,8 Milliarden Euro einspart.
 . Bisher entsteht pro Jahr Hartz-IV-Bezug ein Ren-
 . tenanspruch von monatlich 2,09 Euro.
 . Die Koalition will zudem bei der Bundesagentur
 . für Arbeit Pflichtleistungen in Ermessensleistun-
 30 gen umwandeln – etwa bei Eingliederungshilfen
 . für Jobsuchende. Dies soll den Anreiz zur Annah-
 . me einer Arbeit erhöhen. Insgesamt sollen Bund
 . und Bundesagentur für Arbeit auf diese Weise bis
 . 2014 bis zu fünf Milliarden Euro sparen. [...]
 35 Der Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfan-
 . ger wird ersatzlos gestrichen. Je nach Haushalts-
 . gröÙe werden derzeit Pauschalbeträge zur Miete,
 . die für die Wohngeldhöhe maßgeblich sind, hin-
 . zugerechnet. Bei Einpersonenhaushalten sind es
 40 24 Euro, bei Zweipersonenhaushalten 31 und für
 . jedes weitere Familienmitglied 6 Euro im Monat.
 . Mit der Kürzung spart der Bund Kosten von 100
 . Millionen Euro im Jahr. ■ Quelle: Frankfurter Rundschau vom
 07.06.2010, © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Rundschau GmbH

ARBEITSVORSCHLÄGE

5.1 Vergleichen Sie die Kürzungspläne der Bundesregierung im sozialen Bereich aus dem Jahr 2010 (M7) mit den bisherigen Kosten des deutschen Bankenrettungsfonds (M6). Wie hoch sind die Gesamtkosten derzeit? Welcher Betrag sollte im sozialen Bereich eingespart werden?

5.2 Vergleichen Sie einzelne Posten des Kürzungspaketes (M7) mit der Unterstützung der Commerzbank (M1, M2).

5.3 Bewerten Sie das Verhältnis zwischen den Kürzungen und den Kosten der Bankenrettung.

M8 Die Gesamtkosten der deutschen Bankenrettung

- 1 Die Bankenrettung in Deutschland war ein Verlustgeschäft für die Bürger_innen. Eine genaue Übersicht über die Zahlen hat anscheinend niemand. Aber nach Angaben in verschiedenen Medienberichten dürften die Gesamtkosten für Bund und Länder derzeit bei 66,5 Milliarden Euro liegen (siehe Tabelle). Der Bankenrettungsfonds SoFFin hat bislang ein Minus von 22,5 Milliarden Euro gemacht. Weitere 10 Milliarden Euro Verlust hat die staatliche Förderbank KfW als Großaktionärin in die Mittelstandsbank IKB gemacht. Dazu kommen die Kosten der Bundesländer für die Rettung ihrer Landesbanken (Sachsen LB, West LB, Bayern LB, HSH Nordbank und Landesbank Baden-Württemberg), die zusammen 34 Milliarden Euro ergeben. ■ Quelle: Autorentext

Bank	Kosten in Mrd. Euro	Quelle
diverse (SoFFin)	22,5	Handelsblatt, 28.04.2017
Deutsche Industriebank – IKB	10	Tagesspiegel, 29.07.2017
HSH Nordbank	13	Die Welt, 27.02.2018
West LB	10	Spiegel Online, 26.09.2014
Bayern LB	7	Augsburger Allgemeine, 14.07.2017
Landesbank Baden Württemberg	2,5	Spiegel Online, 26.09.2014
Sachsen LB	1,5	MDR, 17.08.2018
	Summe	
	66,5	

M9 Die zehn größten Ausgabeposten des Bundeshaushaltes 2017

- 1 Der aktuelle Bundeshaushalt zeigt, wie der Staat das Geld verteilt, das ihm zur Verfügung steht. Die Ausrichtung des Haushaltes hängt stets von den Vorstellungen der jeweiligen Regierung über gesellschaftliche Entwicklungen ab. Der Haushalt ist daher Gegenstand politischer Debatten und wird von unterschiedlichen Akteuren des Politikbetriebs verteidigt, kritisiert oder bemängelt. In der nachfolgenden Tabelle M1 sind die zehn größten Posten des Bundeshaushaltes 2017 aufgelistet. ■ Quelle: Autorentext

Kosten in Mrd. Euro	Ressort	Anteil in Prozent
98,3	Bundesministerium für Arbeit und Soziales I: Renten	29,87
37,3	Bundesministerium für Arbeit und Soziales II: Arbeitslosengeld	11,33
37,0	Bundesministerium der Verteidigung	11,24
2,9	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	8,48
20,0	Bundesschuld	6,07
17,6	Bundesministerium für Bildung und Forschung	5,36
15,2	Bundesministerium für Gesundheit	4,61
11,2	Allgemeine Finanzverwaltung	3,40
9,5	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	2,89
53,1	Alle anderen Ausgaben des Bundes zusammen	16,14

Quelle: <https://www.bundeshaushalt-info.de> (22.03.18)

M10 Stichworte aus der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

- 1 Alle Menschen haben das Recht auf ... Men-
 . schenwürde, Freiheit, Gleichheit und Solidarität
 Freiheit von Diskriminierung ... Leben und
 . Sicherheit der Person ... Verbot von Sklaverei und
 5 Folter ... Gleichheit vor dem Gesetz ... Rechts-
 . schutz ... Schutz vor Verhaftung und Ausweisung
 ein faires Gerichtsverfahren ... Garantie der
 . Unschuldsvermutung ... Schutz der Privatsphäre
 Bewegungsfreiheit ... Asyl ... Staatsangehörig-
 10 keit ... Eheschließung und Familie ... Eigentum
 Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit
 Meinungs- und Informationsfreiheit ... Ver-
 . sammlungs- und Vereinigungsfreiheit ... Wahl-
 . recht und Demokratieprinzip ... soziale Sicher-
 15 heit ... angemessene Arbeit und Mitgliedschaft in
 . einer Gewerkschaft ... Erholung und Freizeit ...
 . einen angemessenen Lebensstandard einschließ-
 . lich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztlicher
 . Versorgung und notwendiger sozialer Leistun-
 20 gen ... Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit,
 . Krankheit, Invalidität und im Alter ... Bildung ...
 . Teilnahme am kulturellen Leben in der Gemein-
 . schaft (Kunst und Wissenschaft) ... eine soziale
 . und internationale Ordnung, in welcher die ange-
 25 führten Rechte voll verwirklicht werden. ■

ARBEITSVORSCHLÄGE

6. Verschaffen Sie sich einen kurzen Überblick über die Gesamtkosten der Bankenrettung für den deutschen Staat (M8) sowie über die Ausgaben des Haushalts der Bundesrepublik Deutschland (M9 oder online auf <https://www.bundshaushalt-info.de>).

6.1 Sammeln Sie mindestens zehn Aufgaben des Staates auf Karten (eine Karte pro Aufgabe). Lassen Sie sich dabei von den Stichworten aus der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (M10)

anregen. Rahmen Sie drei Karten ein, die für eine solidarische Gesellschaft besonders wichtig sind. Begründen Sie ihre Auswahl.

6.2 Stellen Sie sich vor der Staat hätte das Geld, das er in den vergangenen 10 Jahren für die Bankenrettung ausgegeben hat (M8), für andere Dinge zur Verfügung. Wie würden Sie jährlich rund 6,5 Milliarden Euro im Bundeshaushalt auf die Ressorts verteilen? Begründen Sie Ihre Entscheidungen und diskutieren Sie diese im Plenum. —

Was tun, wenn Banken pleitegehen?

ARBEITSVORSCHLÄGE

Ihre Schulklasse oder Gruppe ist der Expert_innen-Rat des Finanzministeriums. Wenn das Ministerium eine Entscheidung zu treffen hat, hört es sich stets Ihre Einschätzung an. So auch im folgenden Fall, der Ihnen in streng geheimen Akten des Ministeriums mitgeteilt wird.

1. Lesen Sie M1, besprechen Sie den Fall und klären Sie eventuelle Verständnisfragen.
2. Teilen Sie Ihren Expert_innen-Rat in vier Gruppen auf und weisen Sie jeder Gruppe eine Handlungsmöglichkeit zu (Bail-out, Bail-In, Vergesellschaftung, pleitegehen lassen). In den Gruppen prüfen Sie anhand der entsprechenden Informati-

onstexte (M2 bis M5, oder alternativ die Kurztexte M6 bis M9) die jeweilige Option und gehen dabei den Fragen nach:

- Wie funktioniert diese Option bzw. wie würde sie in der Realität ablaufen?
 - Für wen ist diese Option sinnvoll und warum?
 - Welche Risiken birgt diese Option?
3. Stellen Sie Ihre untersuchten Optionen vor.
 4. Besprechen Sie im Expert_innen-Rat mögliche Vor- und Nachteile.
 5. Geben Sie als Expert_innen-Rat eine begründete Empfehlung ab: Was soll die Regierung tun?

M1 Eine neue Finanzkrise?

1 Eine große Bank Ihres Landes ist in Schwierigkeiten. Die Bank hat zwei große Bereiche. Zum einen gehören viele Kleinsparer_innen zu ihrer Kundschaft (klassische Bankengeschäfte). Zum anderen handelt sie mit Wertpapieren (spekulative Handelsgeschäfte). Bei einem intern durchgeführten Stresstest¹ hat die Bank festgestellt, dass ein großer Teil der spekulativen Papiere in den nächsten Monaten stark an Wert verlieren könnte (faule Papiere). Daraufhin wollte die Bank sich von diesen Bereichen durch Weiterverkauf trennen, fand jedoch keinen Käufer. Gleichzeitig führten die erfolglosen Verkaufsversuche der Bank dazu, dass der Aktienkurs der Geschäftsbank innerhalb weniger Wochen auffällig fiel. Innerhalb der Bank ist nun eine gewisse Panik ausgebrochen. Man nimmt an, dass sich hier inoffiziell bereits die nächste Finanzkrise anbahnt, da die faulen Papiere von der Finanzbranche zunehmend als solche identifiziert werden und das gegenseitige Misstrauen insbesondere innerhalb des Interbankensektors zunimmt.

Die Bank hat sich nun mit ihrem Anliegen an den Staat gewandt. Sie ist in Sorge, dass ihr Eigenkapital im Falle des Ausbruchs einer neuen Finanzkrise nicht ausreichen werde, um den Zins- und Rückzahlungs-Verpflichtungen gegenüber ihren Einlegern (private Personen und Unternehmen) und gegenüber anderen Banken (auf dem Interbanken-Sektor) nachkommen zu können. Die Bank bittet die Politik deshalb darum, dass der Staat große Aktien-Anteile der Bank kaufen

möge, um ihr Eigenkapital zu erhöhen sowie eine Bürgschaft über die bestehenden Zahlungsverpflichtungen der Bank zu unterzeichnen.

Das Finanzministerium nimmt das Anliegen der Bank sehr ernst, weil es diese Bank als »too big to fail« ansieht, also zu groß um Bankrott gehen zu dürfen. Man befürchtet im Falle einer Pleite dieser Bank, dass daraufhin weitere Banken in finanzielle Schwierigkeiten geraten könnten, weil sie auf Rückzahlungen dieser Bank verzichten müssten. Es könnte innerhalb der Finanzwelt eine Kettenreaktion in Gang gesetzt werden, die letztlich zu einer Finanzkrise führen würde, weil immer mehr Banken in Zahlungsschwierigkeiten geraten könnten. Diese Kettenreaktion könnte sich weiter ausweiten und dazu führen, dass private Personen und Unternehmen keine Kredite mehr von Banken erhalten würden, sodass neben der Finanzkrise auch eine Wirtschaftskrise entstehen könnte (Privatpersonen könnten weniger konsumieren und Unternehmen weniger investieren). Zudem sieht man die Gefahr neuerlicher Währungskrisen und Staatskrisen samt der Zahlungsunfähigkeit von Staaten.

Um all diese Risiken auf bestmöglichem Wege zu vermeiden, bittet das Finanzministerium den Expert_innen-Rat zu prüfen, welche Handlungsempfehlung er dem Staat geben würde. Seine Aufgabe ist es in diesem Fall also, die theoretischen Möglichkeiten der Politik zu prüfen und eine Handlungsempfehlung auszusprechen und zu begründen. ■ Quelle: Autorentext

¹ Ein Banken-Stresstest ist ein Übungsalarm, bei dem so getan wird, als wäre eine neuerliche Finanzkrise mit Zahlungsausfällen eingetreten.

M2a Option Bail-out I: Bankenrettung in Deutschland 2008

- 1 Im Oktober 2008 hat die deutsche Regierung
 . ein 480 Milliarden Euro schweres Hilfspaket für
 . die deutschen Banken beschlossen. Abgewickelt
 . wurden die Hilfen über den Sonderfonds Finanz-
 5 marktstabilisierung (SoFFin).
 . Der Fonds konnte Bürgschaften von bis zu 400
 . Milliarden Euro vergeben. Damit sollte den Ban-
 . ken garantiert werden, dass sie Geld, das sie an
 . andere Banken verleihen, auf jeden Fall zurück
 10 bekommen. Solche Geschäfte sind wichtig für das
 . normale Funktionieren der Banken. Nach dem
 . Ausbruch der internationalen Finanzkrise war der
 . Interbanken-Markt aber fast zusammengebrochen,
 . weil sich die Banken gegenseitig nicht mehr trau-
 15 ten. Es wurde befürchtet, dass die Banken dann
 . auch keine Kredite an Unternehmen und Konsu-
 . ment_innen mehr vergeben.
 . Neben den Garantien konnte der SoFFin den
 . Banken aber auch direkt Geld zur Verfügung stel-
 20 len. Bis zu 80 Milliarden Euro waren dafür vorge-
 . sehen. Für eine einzelne Bank konnten bis zu zehn
 . Milliarden Euro eingesetzt werden. Mit diesen
 . Hilfen konnten die Banken ihr Eigenkapital er-
 . höhen. Das ermöglichte ihnen die Vergabe neuer
 25 Kredite. Mehr Eigenkapital erhöht außerdem auch
 . die Kreditwürdigkeit gegenüber anderen Banken.
 . Bis zu einer Summe von fünf Milliarden Euro
 . konnte der Fonds außerdem »faule« Kredite oder
 . Wertpapiere von einer Bank übernehmen.
 30 Banken, die Hilfen bekommen wollten, muss-
 . ten dem Staat aber bei einigen Punkten mitent-
 . scheiden lassen: Bei der Verwendung der Gelder,
 . der Höhe von Gewinnausschüttungen und von
 . Managergehältern sowie allgemein bei der künfti-
 35 gen Ausrichtung der Geschäfte. Die Hilfen sollten
 . den Banken aber auch nicht geschenkt werden.
 . Für die Garantien sollten sie Gebühren zahlen und
 . die direkten Hilfen sollten verzinst werden. Tat-
 . sächlich waren die Bedingungen aber so, dass zum
 40 Beispiel die Commerzbank nur sehr wenig für die
 . Hilfgelder gezahlt hat. Insgesamt hat der SoFFin
 . bis Ende 2016 einen Verlust von 22,5 Milliarden
 . Euro gemacht. ■ Quelle: Autorentext

M2b Option Bail-out II: Die US-Bankenrettung als Erfolgsmodell

- 1 Von John F. Kennedy stammt der Satz, dass in
 . der Politik Erfolge hundert Väter haben. Wäh-
 . rend Niederlagen Waisen zurücklassen. Im Fall
 . der Rettung der amerikanischen Banken verhält
 5 es sich kurioserweise umgekehrt. Kaum jemand
 . möchte sich heute mit dem eilig aufgesetzten
 . »Troubled Asset Relief Program« (TARP) in
 . Verbindung bringen lassen. Dieses hatte der da-
 . malige Finanzminister Henry Paulson auf dem
 10 Höhepunkt der Finanzkrise im Herbst 2008 aus
 . dem Boden gestampft.
 . Als die US-Kreditmärkte nach dem Lehman-
 . Zusammenbruch praktisch über Nacht einfroren
 . und die Wirtschaft zum Stillstand brachten, bas-
 15 telten Paulsons Experten an einem 700 Milliarden
 . US-Dollar schweren Rettungsfonds. [...] Statt im
 . großen Stil Giftpapiere aufzukaufen, verabreichte
 . Paulson den Banken Finanzspritzen. Die Regie-
 . rung erhielt im Gegenzug Aktien.
 20 Geld floss auch an den weltweit größten Versi-
 . cherer AIG [...].
 . »Es hat funktioniert«, bilanzierte im Frühjahr
 . der für das TARP-Programm zuständige Experte
 . im Finanzministerium, Timothy Massad, vor dem
 25 US-Kongress. Eine Einschätzung, die von unab-
 . hängigen Analysten geteilt wird. [...] Während
 . die Amerikaner landläufig glauben, der Staat habe
 . die 700 Milliarden US-Dollar ausgegeben, belau-
 . fen sich die tatsächlichen Kosten auf rund 49 Mil-
 30 liarden US-Dollar. Bei den Banken machte das
 . Finanzministerium beim Verkauf der vom Staat
 . übernommenen Anteile sogar einen Gewinn von
 . sieben Milliarden Dollar. [...] ■ Quelle: © Thomas Spang in
 . Frankfurter Rundschau vom 24.10.2011

**M3 Option
Bail-in**

1 Wiederholte Bankenrettungen haben [...] zu einem Anstieg der öffentlichen Schulden und zu einer hohen Belastung der Steuerzahler [geführt]. (Zwischen Oktober 2008 und dem 31. Dezember 2012 haben die europäischen Länder 591,9 Mrd. EUR – entsprechend 4,6% des BIP 2012 der EU – in Form öffentlicher Kapitalhilfen für ihre Banken bereitgestellt). Um zu gewährleisten, dass die Steuerzahler nicht wiederholt für Bankenrettungen haften müssen, hat die Europäische Kommission im Juni 2012 einen gemeinsamen Rahmen von Regeln und Befugnissen vorgeschlagen, der es den EU-Staaten erleichtern soll, in das Management von strauchelnden Banken einzugreifen. [...].

15 Verschlechtert sich die finanzielle Lage einer Bank trotz dieser vorbeugenden Maßnahmen jedoch derart, dass keine Abhilfe mehr möglich ist, würden die neuen Vorschriften durch einen »Bail-in«-Mechanismus sicherstellen, dass die Anteilseigner und Gläubiger der Bank ihren Beitrag zu den Kosten leisten müssen. Bei weiterem Mittelbedarf würde auf die nationalen, vorfinanzierten Abwicklungsfonds zurückgegriffen, die alle Mitgliedstaaten einrichten [...] müssten und die [...] mit Mitteln in Höhe von 1% der durch Einlagensicherungssysteme geschützten Einlagen auszustatten wären. Alle Banken müssten in diese Fonds einzahlen, wobei stärker risikobehaftete Banken höhere Beiträge zu leisten hätten.

Wie wird der Bail-in-Mechanismus in der Praxis funktionieren?

Der Mechanismus würde ein ausfallendes Institut soweit stabilisieren, dass dieses seine grundlegenden Funktionen ohne finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Mitteln fortführen könnte. Die Rekapitalisierung durch Abschreibung von Verbindlichkeiten und/oder deren Umwandlung in Eigenkapital würde es dem Institut ermöglichen, seine Geschäftstätigkeit fortzuführen, würde Störungen der Finanzstabilität [...] vermeiden und den Behörden Zeit geben, das Institut zu restrukturieren oder Geschäftsteile geordnet abzuwickeln. Dies wird als Bail-in bezeichnet.

45 Wenn also ein Bail-in einer Bank notwendig wäre, so würden die Behörden zunächst sämtliche Anteilseigner in die Pflicht nehmen und dann nach einer vorab festgelegten Reihenfolge vorgehen [siehe Haftungskaskade unten]. Verluste würden zunächst von den Anteilseignern und anderen Gläubigern, die in Bankkapital investieren [...], getragen. Einlagen unter 100.000 EUR würden nicht angetastet – sie sind jederzeit vollständig gesichert. [...]. Um die Aussichten auf eine Erholung einer Bank aufrechtzuerhalten und die allgemeine wirtschaftliche Stabilität zu wahren, muss ein Bail-in mindestens 8% der gesamten Bankverbindlichkeiten umfassen. [...]. Oberhalb der Schwelle von 8% könnte die Abwicklungsbehörde einer Bank erlauben, den Abwicklungsfonds in Anspruch zu nehmen, wobei die Mittel aus dem Fonds auf höchstens 5% der Bankverbindlichkeiten begrenzt sind. [...]. In einigen Fällen, insbesondere bei einer systemischen Krise, kann es erforderlich sein, von diesem Grundsatz abzuweichen und die Verwendung öffentlicher Mittel zur Finanzierung einer Bankenabwicklung zu gestatten [...] sofern die Kommission nach einer vorherigen Prüfung feststellt, dass die wirtschaftlichen Störungen und die potenzielle Bedrohung für das Funktionieren des Binnenmarkts dies rechtfertigen. In diesem Fall würde die 5%-Obergrenze außer Kraft gesetzt und die Mittel des Abwicklungsfonds würden direkt durch öffentliche Mittel ersetzt. Der Rückgriff auf den Abwicklungsfonds unterliegt in jedem Fall weiterhin der Kontrolle für staatliche Beihilfen.

Diese Flexibilität unterliegt jedoch angemessenen Bedingungen und ändert nichts an der Tatsache, dass die Banken ausreichende Kapazitäten entwickeln müssen, um ihren Anteilseignern und Gläubigern Verluste zuzuweisen. [...]. Rettungsbeihilfen in systemischen Krisen könnten erst nach dem erforderlichen Bail-in gewährt werden und unterlägen weiterhin dem EU-Rahmen für staatliche Beihilfen. ■ Quelle: Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 28.03.2014

REIHENFOLGE DER HAFTUNG



•••••Mindestens 8 Prozent der Bilanzsumme•••••

M4a Option Vergesellschaftung des Bankensektors I

1 Die Kapitalisten haben gezeigt, bis zu welchem
 Grad sie fähig sind, Gesetzen zuwiderzuhandeln
 und Risiken einzugehen, ohne die Folgen zu
 tragen, nur um ihre Gewinne zu steigern. Ihre
 Tätigkeit kostet die Gesellschaft regelmäßig einen
 hohen Preis. Die Gesellschaft, die wir aufbauen
 wollen, hat als Leitbild Gemeinwohl, soziale Ge-
 rechtigkeit und die Wiederherstellung ausgegli-
 chener Beziehungen zwischen den Menschen und
 der übrigen Natur. Aus diesen Gründen muss der
 Kreditsektor vergesellschaftet werden. Frédéric
 Lordon schlägt dazu »eine vollständige Entpriva-
 tisierung des Kreditsektors vor«.

- Den Kreditsektor vergesellschaften bedeutet:
- 15 - die entschädigungslose (oder höchstens sym-
 bolische Entschädigung mit einem Euro)
 Enteignung der Großaktionäre; Kleinaktionäre
 werden entschädigt;
 - die Überführung des gesamten Bankensektors
 20 in den öffentlichen Dienst, mit Ausnahme
 der kleinen Genossenschaftsbanken; für diese
 gelten dieselben Regeln wie für die öffentli-
 chen Banken;
 - die Schaffung eines Netzwerkes öffentlicher
 25 Spar-, Kredit- und Investitionsbanken mit
 kleinen, bürgernahen Standorten;
 - die Festschreibung der Ziele und Maßnahmen
 in einer unter Beteiligung von Bürgervertre-
 tern ausgearbeiteten Charta;
 - 30 - Transparenz in der Kontenbuchführung,
 die der Öffentlichkeit allgemeinverständlich
 dargelegt werden muss.

Ich bevorzuge den Begriff »Vergesellschaftung«
 gegenüber dem der »Nationalisierung« oder »Ver-
 staatlichung« um klarzustellen, wie entscheidend
 35 die Kontrolle durch die Bürger ist. Kontrolle

bedeutet, dass die Beschlüsse von Führungskräf-
 ten, Vertretern der Angestellten, der Kunden, der
 Vereine, Gemeindeabgeordnete sowie Vertreter
 nationaler und regionaler Bankgremien gemein-
 40 sam gefasst werden. Wie die Bürger eine aktive
 Kontrolle ausüben können, kann nur auf demo-
 kratischem Wege festgelegt werden. Die Beschäf-
 tigten im Bankensektor müssen ermutigt werden,
 45 die Bankgeschäfte zu kontrollieren und sich an der
 Organisation der Arbeit aktiv zu beteiligen. Die
 Geschäftsleitungen der Banken müssen jährlich
 einen öffentlichen Tätigkeitsbericht vorlegen. Es
 muss ein bürgernaher und qualitativ hochwertiger
 50 Bankdienst gefordert werden, der mit der derzei-
 tigen Auslagerungspolitik bricht. Das Personal der
 Finanzinstitute muss ermutigt werden, die Kund-
 schaft wirklich zu beraten und mit aggressiven Ge-
 schäftspraktiken zu brechen.

Die Vergesellschaftung des Bankensektors und
 seine Überführung in den öffentlichen Dienst
 ermöglicht:

- die Bürger und die öffentlichen Einrichtungen
 der Macht der Finanzmärkte zu entziehen;
- 60 - die Projekte der Bürger und der öffentlichen
 Hand zu finanzieren;
- die Bankgeschäfte dem Gemeinwohl zu
 widmen, unter anderem mit dem Auftrag,
 den Übergang von einer kapitalistischen
 65 und produktivistischen zu einer sozial
 und ökologisch ausgerichteten Wirtschaft
 zu erleichtern;

Patrick Saurin schreibt hierzu: »Heute geht es
 nicht mehr darum, die Verluste der Banken zu
 70 vergesellschaften, sondern den Bankbetrieb selbst,
 in seinem vollen Umfang«. ■ Quelle: Auszug aus: Eric Toussaint
 (2014): »Alternativen zur Krise«, in: *Emanzipation*, 4/2

M4b Option Vergesellschaftung des Bankensektors II

1 Der Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel ist
 skeptisch, was die Vergesellschaftung der Banken
 angeht. Er sagt mit Blick auf die Erfahrungen in
 der Finanzkrise seit 2010:

»Ich war selbst lange Jahre dafür, die Banken zu
 verstaatlichen, aber ich traue der Politik das nicht
 mehr zu. Schauen wir auf die Landesbanken in
 der Krise, gerade auf die Sachsen LB, die durch
 15 üble Spekulationsgeschäfte pleite gegangen ist.

Da saß die Politik samt Gewerkschaften in den
 Aufsichtsgremien.

Ich schlage mittlerweile eine Arbeitsteilung vor:
 Ihr macht das Dienstleistungsgeschäft Banken,
 aber die Politik muss sehr streng regulieren. Das
 heißt auch bestimmte Geschäfte verbieten, reine
 15 Spekulationspapiere oder Wetten auf Zinsdiffe-
 renzen.« ■ Quelle: Autorentext, Interview mit Rudolf Hickel im April 2018

M5 Option Banken pleitegehen lassen

- 1 Bürger retten, Banken pleitegehen lassen. Island
 . hat auf die Finanzkrise anders als Deutschland re- 40
 . agiert – und damit Erfolg gehabt. [...]
 . Angelockt von hohen Zinsen pumpten in-
 5 ternationale Banken, Fonds und Kleinanleger
 . über Jahre hinweg Milliardensummen in das
 . weitestgehend deregulierte Bankensystem der
 . 300.000-Seelen-Insel. [...] Islands Geschäfts- 45
 . modell, langfristig vergebene Kredite kurzfristig zu
 . refinanzieren, platzte jedoch in der Finanzkrise.
 . Eigentlich hätte [Island] im Herbst 2008 am auf-
 . steigenden Gemisch aus toxischen Wertpapieren
 . ersticken müssen [...] zwischert heute jedoch
 . wieder munter und rettete sein Leben auf eine
 15 eher unkonventionelle Art und Weise. Island ließ
 . seine Banken pleitegehen, kürzte keine wichtigen
 . Staatsausgaben und rettete seine Bürger. Und sie-
 . he da – [es] hat auf ganzer Linie funktioniert. Erst
 . vor wenigen Tagen würdigte der Internationale
 20 Währungsfonds (IWF) Islands »überraschenden«
 . Erfolg und erklärte das isländische Krisenpro-
 . gramm zu einem Vorbild für andere Staaten unter
 . internationalen Hilfsprogrammen. Island habe, so
 . der IWF, nicht den Steuerzahler für die Verluste
 25 der Banken in Haftung genommen und konnte
 . dadurch das Wohlfahrtssystem erhalten und die
 . Gefahr einer Massenarbeitslosigkeit abwenden.
 . Der Zusammenbruch des Bankensystems setzte
 . bei den Isländern eine nicht immer marktkonforme
 30 Kreativität frei. Anderswo erhielten die leitenden
 . Bankmanager millionenschwere Abfindungen,
 . in Island bekamen sie einen Haftbefehl zugestellt.
 . Man gründete keine »Bad Bank«, sondern »Good
 . Banks«, in die ausschließlich das solide Inlands-
 35 geschäft überführt wurde. Diese neuen Banken
 . wurden verstaatlicht und übernahmen reibungslos
 . das eigentliche Kerngeschäft. Die fragwürdigen
 . neuen Finanzprodukte und das Auslandsgeschäft –
 . inklusive der horrenden Schulden – blieben bei
 40 den alten Banken, die die Regierung wenige Tage
 . später kollabieren ließ.
 . Während Islands Steuerzahler relativ glimpflich
 . davonkamen, mussten die kreditgebenden inter-
 . nationalen Banken und Kleinsparer, die sich von
 . irrationalen Zinsen hatten blenden lassen, ihre Forde- 45
 . rungen abschreiben. Das mag für die Betroffenen
 . ärgerlich sein, aber so funktioniert nun einmal der
 . Kapitalismus. Ein hoher Zins geht stets mit einem
 . hohen Risiko einher. [...]
 50 Um die neuen staatlichen Banken zu kapitalisie-
 . ren und die realwirtschaftlichen Kosten der Krise
 . schultern zu können, musste der Staat Kredite
 . des IWF in Anspruch nehmen. [...]. Anstatt den
 . Staatshaushalt durch sogenannte Sparmaßnahmen
 55 sanieren zu wollen, setzte die Regierung in Rey-
 . kjavik auf gezielte Programme, um die isländische
 . Binnenkonjunktur zu stärken. Durch die Immo-
 . bilienkrise überschuldete Privathaushalte kamen
 . beispielsweise in den Genuss eines Teilschulden-
 60 erlasses; andere konnten auf staatliche Beihilfen
 . hoffen. So gelang es, eine Masseninsolvenz zu
 . verhindern, die der Konjunktur vermutlich einen
 . Knock-out versetzt hätte.
 . Aber auch abseits der Schuldenproblematik ging
 65 Island neue Wege, indem es nicht die Normalver-
 . diener, sondern die Wohlhabenden durch Steu-
 . ererhöhungen zur Ader ließ. Dadurch konnte die
 . Regierung Kürzungen im Sozialbereich vermei-
 . den und die Binnennachfrage stabilisieren. [...].
 70 Man kann das isländische Modell nicht ohne
 . Weiteres auf andere Staaten übertragen. Islands
 . Antwort auf die Krise zeigt aber, dass das Mant-
 . ra der systemrelevanten Banken nicht haltbar ist.
 . [...] Ein Staat, der nicht seine Banken, sondern
 75 seine Bürger rettet, macht alles richtig. [...]. ■ Quelle:
 Jens Berger: »Vorbild Island«, die tageszeitung – taz vom 7.9.2012

M6 Kurztext:
Bail-out

- 1 Das englische Wort Bail-out bedeutet übersetzt
 . »aus der Patsche helfen«. Im Zusammenhang mit
 . zahlungsunfähigen Banken bedeutet es: Der Staat
 . rettet die Bank mit Steuergeldern.
- 5 Problem: Dieses Geld muss letztlich von den
 . Bürgerinnen und Bürgern mit Steuern bezahlt
 . werden. Außerdem fehlt das Geld für andere
 . wichtige Dinge wie Schulen, Straßen oder Hilfen
 . für arme Menschen.
- 10 Während der Finanzkrise ab 2007 gab es solche
 . Bail-outs in vielen Staaten.
 . Beispiel Deutschland: Hier hat die Regierung
 . beschlossen, bis zu 480 Milliarden Euro für die
 . Bankenrettung einzusetzen. Bis zu 400 Milliarden
 15 Euro davon waren für mögliche »Garantien« (siehe
 . Glossar) eingeplant.
 . Bis zu 80 Milliarden Euro konnte der Staat di-
 . rekt ausgeben. Er konnte der Bank »faule« Wertpa-
 . piere abkaufen, die stark an Wert verloren hatten.
- 20 Er konnte das Geld aber auch für Aktien und
 . Stille Einlagen der Banken ausgeben. Dadurch
 . wird das Eigenkapital der Bank erhöht.
 . Beim Kauf von Aktien wird der Staat Mitbe-
 . sitzer der Bank. Die Bank ist teilverstaatlicht. Da-
 25 durch hat der Staat ein Mitspracherecht bei den
 . Geschäften der Bank (je mehr Aktien, desto mehr
 . Mitsprache).
 . Bei einer Stillen Einlage wird der Staat an den
 . Gewinnen oder Verlusten der Bank beteiligt. Er
 30 hat aber kein Mitspracherecht.
 . Beispiel USA: Hier hat die Regierung ein Ret-
 . tungsprogramm von bis zu 700 Milliarden Dollar
 . beschlossen.
 . Zu Beginn der Krise wurden die größten
 35 US-Banken teilverstaatlicht. Weitere Hilfgelder
 . mussten die Banken zurückzahlen. Nach und
 . nach wurden die Aktien der Banken wieder ver-
 . kauft. So ist der amerikanische Staat am Ende mit
 . leichten Gewinnen aus der Bankenrettung ausge-
 40 stiegen. ■ Quelle: Autorentext

M7 Kurztext:
Bail-in

- 1 Das Wort Bail-in entstand als Reaktion auf das
 . englische Wort Bail-out.
 . Bail-out bedeutet: Der Staat rettet eine Bank
 . mit Steuergeldern vor der Pleite. Dabei gibt es ein
 5 Problem. Das Geld muss letztlich von den Bür-
 . gerinnen und Bürgern mit Steuern bezahlt wer-
 . den. Außerdem fehlt das Geld für andere wichtige
 . Dinge wie Schulen, Straßen oder Hilfen für arme
 . Menschen.
- 10 Bail-in bedeutet dagegen: Wer große Geschäf-
 . te mit einer Bank macht, muss bei einer Pleite
 . dieser Bank auch die Verluste mittragen. Nach
 . den Regeln der EU-Bankenunion betrifft das drei
 . Gruppen:
 15 Erstens die Besitzer der Bank. Bei Großbanken
 . sind das Aktionäre. Sie haben Geld in die Bank
 . investiert in der Hoffnung, dadurch am Gewinn
 . beteiligt zu werden.
 . Zweitens die Gläubiger, die der Bank Geld ge-
 20 gen versprochene Zinsen geliehen haben.
 . Drittens die Einleger, die ihr Geld zum Spa-
 . ren auf ein Konto eingezahlt haben. Sie sind aber
 . nur betroffen, wenn sie mehr als 100.000 Euro auf
 . Konten der Bank haben.
- 25 Aktionäre, Gläubiger und Großeinleger verlie-
 . ren nacheinander Geld, wenn die Bank gerettet
 . werden muss. Mindestens 8% der Bankschulden
 . müssen so zusammenkommen.
 . Weitere 5% der Schulden kann ein Abwick-
 30 lungsfonds übernehmen. In diesen Fonds müs-
 . sen alle Banken einzahlen, um für Krisenzeiten
 . vorzusorgen.
 . Erst wenn das alles nicht reicht, kann die Bank
 . Hilfgelder von dem Staat bekommen, in dem sie
 35 ihren Sitz hat.
 . Kritiker der EU-Regel sagen, dass sie in der
 . Praxis nicht eingehalten wird. In Italien wurden
 . Banken ohne Bail-in mit Staatsgeldern gerettet.
 . Der Druck der Aktionäre, Gläubiger und Groß-
 40 einleger auf die Politik war zu groß. Statt einem
 . Bail-in kam es zu einem klassischen Bail-out. Der
 . Staat hat die Bank mit dem Geld der Allgemein-
 . heit gerettet. ■ Quelle: Autorentext

M8 Kurztext:
Vergesellschaftung

- 1 Vergesellschaftung bedeutet, dass Unternehmen
 . nicht mehr Privatleuten gehören, sondern allen.
 . Solche Unternehmen werden vom Staat gelei- 25
 . tet. Das heißt, sie werden letztlich demokratisch
 . kontrolliert.
 5 . Manche meinen, das soll auch bei den Banken
 . der Fall sein. Sie sagen: Die Bankenrettung hat vor
 . allem den Reichen geholfen:
 . - Erstens den Aktionären, denen die Bank
 10 gehört.
 . - Zweitens den Gläubigern, die an Geschäften
 . mit der Bank verdienen wollten.
 . - Drittens denen, die viel Geld auf einem
 . Konto bei der Bank hatten.
 15 Das wäre ungerecht. Denn das Rettungsgeld
 . musste letztlich von den Bürgerinnen und Bür-
 . gern mit Steuern bezahlt werden. Außerdem fehlt
 . das Geld für andere wichtige Dinge wie Schulen,
 . Straßen oder Hilfen für arme Menschen.
 20 Deshalb sollten Banken nicht gerettet werden.
 . Ihre riskanten Geschäfte hätten nur das Ziel ge-
 . habt, dass Reiche noch reicher werden.
- Der Staat soll die Banken übernehmen. Banken
 . sollen in den Dienst der gesamten Gesellschaft ge-
 . stellt werden. Sie sollen nur das machen, was der
 . gesamten Gesellschaft nutzt:
 . - Erstens sollen sie den Zahlungsverkehr
 . abwickeln, das heißt Überweisungen durch-
 . führen und Bargeld ausgeben.
 30 - Zweitens sollen sie das Geld von Sparern
 . aufbewahren.
 . - Drittens sollen sie Kredite vergeben, zum
 . Beispiel an Menschen, die ein Haus bauen
 . wollen, oder an Unternehmen, die neue
 35 Maschinen brauchen.
 . Andere sagen: Das mit der demokratischen Kont-
 . rolle funktioniert nicht. In der Finanzkrise muss-
 . ten auch Landesbanken, die dem Staat gehören,
 . gerettet werden.
 40 Sie meinen: Der Staat soll die Banken streng
 . kontrollieren und riskante Geschäfte verbieten.
 . Aber er soll sie nicht selbst übernehmen. ■ Quelle:
 Autorentext

M9 Kurztext:
Banken pleite gehen lassen

- 1 Manche sagen: Im Kapitalismus ist es normal,
 . dass Unternehmen pleitegehen, wenn sie schlecht
 . wirtschaften. Das muss auch für Banken gelten.
 . Der Markt soll das Problem lösen.
 5 . Andere sagen dagegen: Der Staat muss ver-
 . hindern, dass eine Bank die nächste mit in die
 . Pleite reißt. Sonst kommt es zu einer chaotischen
 . Finanzkrise. Erst brechen die Banken zusammen
 . und dann die gesamte Wirtschaft.
 10 . Eine chaotische Finanzkrise will eigentlich nie-
 . mand. Aber der Staat muss auch nicht jede Bank
 . retten.
 . Beispiel Island: In der Finanzkrise von 2008 hat
 . der Staat neue Banken gegründet. Die haben die
 15 normalen Konten und Kredite der Isländer über-
 . nommen. Faule Papiere und ausländische Forde-
 . rungen blieben bei den alten Banken. Die wurden
 . dann in die Pleite geschickt.
- Auf diese Weise kam Island gut durch die Kri-
 20 se. Das Geld für Schulen, Straßen oder Hilfen für
 . arme Menschen wurde nicht gekürzt.
 . Pech hatten die ausländischen Anleger. Das
 . waren in der Regel reiche Personen und Unter-
 . nehmen. Die isländischen Banken hatten sie mit
 25 hohen Zinsen gelockt. Sie haben ihr Geld mit der
 . Pleite der Banken verloren.
 . Manche sagen aber: Das kleine Island war ein
 . Sonderfall. Dadurch ist keine internationale Groß-
 . bank ins Wanken gekommen. Außerdem könnten
 30 nicht alle Länder gleichzeitig die Probleme ins
 . Ausland verlagern. Sonst würde das internationale
 . Finanzsystem zusammenbrechen.
 . Banken in die Pleite gehen zu lassen kann also
 . eine Lösung sein. Es gibt aber auch das Risiko
 35 eines unkontrollierten Zusammenbruchs. Der
 . Prozess muss auf jeden Fall politisch gesteuert
 . werden. ■ Quelle: Autorentext

M10 Systemrelevanz ist eine politische Kategorie

1 Interview mit Andreas Kallert

2 In der Finanzkrise ab 2007 war die Rede davon, dass viele Banken »too big to fail« seien. Was ist damit gemeint?

3 A. K.: »Too big to fail«, mittlerweile auch »systemically important bank« oder im deutschen »Systemrelevanz«, das meint, dass durch das Fallen einer Bank eine Kettenreaktion ausgelöst werden kann. Das heißt, die Pleite kann unkalkulierbare Folgen im Bereich der Finanzwirtschaft und der Wirtschaft insgesamt haben.

4 Problem bei dieser Sache ist, dass eigentlich nicht klar definiert ist, was Systemrelevanz ist. Es ist eine politische Kategorie. Sie wird aber dargestellt als eine Sachkategorie, so als ob man Systemrelevanz messen könne.

5 Die Kategorie Systemrelevanz hängt ganz entscheidend davon ab, was sie bezwecken soll. Großinvestoren zu retten und Kapitalentwertung zu verhindern kann ein politischer Zweck von Systemrelevanz sein. Kleinanlegern ihre Einlagen zu garantieren, kann auch ein Zweck von Systemrelevanz sein. Systemrelevanz ist keine neutrale Kategorie.

6 Als Reaktion auf die Krise gab es neue Regeln für Banken. Was halten sie davon?

7 A. K.: Das ist ein sehr ambivalentes Fazit. Zunächst einmal hat man Eigenkapitalvorschriften verschärft, mit dem Ziel, dass Banken Verluste besser auffangen können. Wenn sie mehr Eigenkapital haben, können sie auch mal ein Jahr mit deutlichen Verlusten ausgleichen, ohne direkt in existentielle Nöte zu geraten. Das ist sicherlich sinnvoll, schränkt aber die Renditequoten der Banken ein. Also das liegt nicht im Interesse der Banken.

8 Man hat auf globaler Ebene im »Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht« die Kategorie der »global systemically important financial institutions« geschaffen, also der global systemrelevanten Finanzinstitute. Davon gibt es jetzt ungefähr dreißig. Die Deutsche Bank ist dabei ganz weit oben. Man hat vier Kategorien von Systemrelevanz erschaffen, auch wieder sehr schwierig zu messen, aber man hat es eben gemacht und das heißt nun, je systemrelevanter eine Bank ist, desto mehr Eigenkapital muss sie extra bereitstellen.

9 Auf europäischer Ebene hat sich die EU auf die Bankenunion geeinigt, die seit 2014 in Kraft ist. Die besteht aus drei Elementen. Das ist zum einen eine europäische Aufsicht. Es gibt jetzt ungefähr 130 Banken in der EU, die unter europäischer Finanzaufsicht stehen. Damit herrschen hier ein-

10 heitliche Regeln und nicht die nationalstaatlichen. Zweitens gibt es einen europäischen Abwicklungsmechanismus der vorschreibt, wie Banken abgewickelt werden sollen. Hier gilt in erster Linie Bail-in statt Bail-out. Also die Eigentümer und die Anleger und damit die Kreditgeber der Bank sollen in Haftung genommen werden, bevor der Staat einspringt. Und das dritte Element, noch immer in Verhandlungen, ist die europäische Einlagensicherung bis zu 100.000 Euro.

11 Gab es schon Abwicklungen nach den neuen Regeln?

12 A. K.: Die gab es tatsächlich schon. Eine portugiesische Bank und eine spanische Bank wurden abgewickelt. Das ist allerdings superkomplex und es ist sehr schwer zu durchschauen, welche Anleger rangenommen werden.

13 Und in Italien sind drei Banken trotzdem gerettet worden. Darin zeigt sich so ein bisschen der politische Spielraum. Das ist nicht einfach mit einem Regelwerk getan und mit dem Label »Systemrelevanz«, sondern das sind umkämpfte Kategorien und das hat sich 2016/2017 gezeigt.

14 Deutschland pocht da auf dem Papier sehr stark auf die Einhaltung der Regeln. Allerdings waren auch noch keine deutschen Banken betroffen, sonst sähe das vielleicht anders aus.

15 Was glauben Sie, würde bei einer neuen Finanzkrise in Deutschland passieren?

16 A. K.: Ich bin da ein bisschen pessimistisch. Ich glaube, die Deutsche Bank wird man nicht pleitegehen lassen. Sie ist das Flaggschiff der deutschen Wirtschaft auf dem Finanzmarkt. Der einzige »Global Player«, wie es immer heißt. Wie es mit kleineren Banken aussähe, ist schwer zu sagen.

17 Die Hoffnung wäre schon, dass jetzt die bail-in-fähigen Kapitalien, ungesicherte Anleihen und die Aktionäre tatsächlich auch herangezogen werden. Die europäische Bankenunion gibt eigentlich entsprechende Regeln vor. Aber diese Regeln wurden eben schon ganz in den Anfängen mehrfach verletzt, im Fall von Italien. Daher wäre ich im Fall von Deutschland noch pessimistischer, weil Deutschland ein sehr viel größeres Gewicht hat in der EU als Italien.

18 Hart gegenüber Griechenland zu sein, das ist das eine. Wie das aussieht, wenn man es gegen die eigene Wirtschaft durchsetzen muss, das andere. ■

Andreas Kallert ist Sozialwissenschaftler und hat 2017 das Buch Die Bankenrettungen während der Finanzkrise 2007–2009 in Deutschland veröffentlicht.

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Lesen Sie das Interview mit Andreas Kallert (M10) und fassen Sie das zentrale Argument in eigenen Worten zusammen:

- Inwiefern ist Systemrelevanz eine politische Kategorie?
- Welche Institutionen entscheiden über die Frage der Systemrelevanz?

- Welche Interessen sind mit der Frage der Systemrelevanz verknüpft?

2. Was vermuten Sie: Würden deutsche Banken in einer neuen Finanzkrise wieder mit Staatsgeldern gerettet werden? Begründen Sie Ihre Einschätzung. Wie beurteilen Sie das? _____

M11 An der Realität gescheitert

1 Die europäische »Bankenunion« von 2014 funktioniert nicht. Das Eigenkapital der Banken ist immer noch viel zu niedrig, um Verluste aufzufangen. Diese Bankenrettung zeigt, dass die Finanzlobby besiegt hat: Die toskanische Großbank Monte dei Paschi wird wohl Hilfsmilliarden vom italienischen Staat erhalten. Damit ist die europäische »Bankenunion« von 2014 gleich am ersten Realitätstest gescheitert. Denn sie sah eigentlich vor, dass zunächst die Aktionäre und Gläubiger einspringen sollen, wenn eine Bank in Schieflage gerät.

Eine Überraschung ist es nicht, dass die »Bankenunion« versagt. Von Anfang an war abzusehen, dass es nicht funktionieren würde, die Gläubiger zahlen zu lassen. Denn wer sind denn diese »Gläubiger«? Dazu gehören oft auch ganz normale Sparer, die nie ein Risiko eingehen wollten, sondern ahnungslos nur ihr Geld geparkt haben. Man kann sie nicht bluten lassen wie typische Finanzanleger. Also muss der Staat ran.

Die »Bankenunion« war eine Farce. Sie sollte nur kaschieren, dass es den europäischen Politikern nicht gelungen ist, sich gegen die Finanzlob-

by durchzusetzen: Das Eigenkapital der Banken ist immer noch viel zu niedrig, um Verluste aufzufangen. Also wurde die Mär verbreitet, dass ja auch die Gläubiger haften könnten, falls es zu einer Bankpleite kommt.

Es ist kein Zufall, dass die Banken ihre gesamte Lobbykraft anbieten, um das Eigenkapital niedrig zu halten. Denn sie sehen eine Kausalkette des Grauens vor sich:

Mehr Eigenkapital bedeutet mehr Aktien, so dass mehr Geld für Dividenden abfließen würde. Da man den Bankgewinn aber nur einmal verteilen kann, bliebe weniger Geld übrig, um dem Top-Management hohe Gehälter und Boni auszuzahlen.

Diese Missstände sind europaweit zu beobachten. Auch die Deutsche Bank schlingert bedrohlich – und daher stieg ihr Börsenkurs sofort, als die Nachricht kam, dass der italienische Staat bei Monte dei Paschi aushelfen könnte. Denn es ist ja leider nicht ausgeschlossen, dass auch die Bundesregierung irgendwann herbeieilen muss, um die Deutsche Bank zu retten. ■ Quelle: Ulrike Herrmann in die

tageszeitung – taz vom 22.12.2016

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Lesen Sie M11 und beschreiben Sie in eigenen Worten, wie mit der Pleite der Großbank Monte dei Paschi umgegangen wurde.

2. Nennen Sie mindestens zwei mögliche politische Alternativen zum Umgang mit der Großbank Monte dei Paschi.

3. Entwerfen Sie auf Grundlage des Szenarios am

Ende von M11 ein Transparent für eine Protestaktion gegen Staatshilfen für die Deutsche Bank. Begründen Sie Ihre Position in einem kurzen Flugblatt.

4. Was wäre Ihrer Ansicht nach der richtige Umgang mit der Pleite einer Großbank? Nehmen Sie persönlich zur Frage der Bankenrettung Stellung.

REQUISITEN TRANSPARENT

